

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inferaten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plakatschriften ausgeschlossen. ♦ Postk.-Konto Hannover Nr. 57613. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktorstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Manifest des IG B. zum 1. Mai.

Wenn die Arbeiter und Angestellten am 1. Mai d. J. ihren unerschütterlichen Glauben an eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft bekunden, so mißbilligen sie nicht nur die jetzige Gesellschaftsordnung, sondern sie sprechen ein vernichtendes Urteil über sie aus.

Noch nie waren die wirtschaftlichen Gegensätze des Kapitalismus so scharf und offensichtlich: dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Vermehrung von Gütern und Reichtümern stehen namenloses Elend und endlose Leiden der Arbeiterklasse gegenüber.

Trotzdem seit dem Weltkrieg erst wenige Jahre verfloßen sind und es dem Kapitalismus noch nicht gelungen ist, die durch den Krieg entstandenen gewaltigen materiellen und moralischen Schäden zu heilen, hat er die Menschheit politisch und wirtschaftlich neuerdings in die schlimmste Krise gestürzt. Die Arbeiterklasse ist dem bittersten Elend ausgeliefert; ihre bescheidenen Errungenschaften werden bedroht und unterbunden. Die wildesten Leidenschaften, Haß und Fanatismus wenden sich in beständigem Kampfe gegen die Demokratie.

Die Kapitalisten wußten bis heute zur Lösung der Wirtschaftskrise keine anderen Mittel ausfindig zu machen als Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Unterdrückung der sozialpolitischen Institutionen und Gesetze, d. h. die allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung und die Steigerung des Elends. Auf politischem Gebiet gehören ihre offenen und uneingestanden Sympathien dem Faschismus, diesem zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft des Kapitalismus errichteten System des Zwanges, des Terrors und der Gewalt.

Angesichts der erhöhten Gefahren und der ernsteren Bedrohungen des Augenblicks fällt der Arbeiterschaft die Aufgabe zu, ihren Kampf für die Demokratie und die Verwirklichung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Forderungen mit noch mehr Kraft und Fähigkeit fortzusetzen.

Im Bewußtsein ihrer Bedeutung und ihrer Ziele muß es die Arbeiterschaft zu erreichen wissen, daß der soziale und technische Fortschritt nicht mehr den Interessen einer Minderheit dient, sondern der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltung, der Befriedigung der körperlichen und geistigen Bedürfnisse aller Menschen, der Bereitung einer höheren Gesellschaftsordnung.

In diesem Geiste hat die im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit eingesezte Gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die brennendsten Fragen der jetzigen Krise geprüft und versucht, die sich mit Notwendigkeit aus ihr ergebenden Schlüsse zu ziehen.

Den Heilmitteln des kapitalistischen Unternehmertums hat die Arbeiterschaft ihre eigenen Mittel gegenüberzustellen:

Verkürzung der Arbeitszeit!

Hochhaltung der Löhne! Bezahlter Urlaub!

Heraufsetzung des Schulteralters!

Erweiterung und Ausbau der sozialen Fürsorge und

versicherung! Vermehrung der öffentlichen Arbeiten, usw.

Der Wirtschaftsapparat und die wirtschaftlichen Neuerungen aller Art, wie Rationalisierung, Kartelle, Monopole, Kredit-systeme usw., sollen in bessere Uebereinstimmung mit den allgemeinen Interessen der Gesamtheit gebracht werden.

Es gilt, die Angriffe der faschistischen Reaktion mit höchster Energie durch einen unerbittlichen Kampf gegen dieses die Demokratie, die Freiheit und Menschenwürde bedrohende Ungeheum zu beantworten.

Mit der bloßen Aufzählung der den Interessen der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit dienenden Lösungen ist es jedoch nicht getan, sondern es muß alles versucht werden, um diese Lösungen mit aller der Arbeiterklasse innewohnenden Fähigkeit und Macht sowie mit festem Willen und Begeisterung durchzuführen.

Der gegenwärtige Augenblick ist zu ernst und zu kritisch, um sich noch länger durch eitle Gegensätze und unfruchtbare Tendenz- und Richtungsstreitigkeiten aufhalten zu lassen.

Die Zusammenfassung und Einigung aller Kräfte der Gesamtheit, die in der menschlichen Gesellschaft nach mehr Wohl- ergehen und Gerechtigkeit streben, ist eine der dringenden und unumgänglichen Voraussetzungen des Sieges unserer Sache.

Die Arbeiterorganisationen sollen in diesem großen Kampfe Sammel- und Stützpunkt sein.

Eine der größten und ernstesten Aufgaben des Augenblicks ist ohne Zweifel die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Wie auf anderen Gebieten und vielleicht noch mehr als auf allen anderen Gebieten ist es hier von größter Wichtigkeit, allen Win- kelzügen ein Ende zu setzen und den Gegensatz zwischen den Wünschen und der bestehenden Sachlage, zwischen übernommenen Verpflichtungen und erreichten Resultaten zu beseitigen.

Wohl anerkannt die Mitgliedstaaten des Völkerbundes feierlich den im Friedensvertrag niedergelegten Grundsatz, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen erfordert“; seit zehn Jahren ist jedoch auf diesem Gebiet kein entscheidender Schritt unternommen worden. Endlich sind nun durch die für den Monat Februar 1932 anberaumte allgemeine internationale Abrüstungskonferenz, günstige Aus- sichten eröffnet worden.

Arbeiter und Angestellte! Das Jahr 1931 ist für euch ein Jahr der Vorbereitung der Geister zugunsten des Friedens und der Abrüstung! Ihr müßt das Gewissen aller jener wachrufen, denen die Erhaltung unserer Kultur und Zivilisation nahegeht!

Unser Erfolg wird bedingt durch die Erhaltung und den Ausbau der freien Gewerkschaften, den Kampf für anständige Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit, den Sieg der Demokratie und der Freiheit!

Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert am 1. Mai:

Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit! Arbeit und Brot für alle!

Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialversicherung!

Abrüstung! Frieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Der Vorstand:

Walter M. Citrine (Großbritannien), Vorsitzender; H. Jacobsen (Dänemark), V. Souhauq (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), G. Mertens (Belgien), R. Layerle (Tschoslowakei), Vizenvorsitzende; W. Schewenels, Generalsekretär; G. Stofz, Untersekretär.

Arbeiter, Angestellte!

Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Proletarier aller Länder, fällt in diesem Jahre in eine Zeit der größten Bedrängnis. Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie nie zuvor. Mit ihr wuchs die Unsicherheit der Existenz für alle auch in Arbeit Stehenden, denn keiner weiß, wann ihn das Schicksal in die Reihen der Erwerbslosen stößt. Daneben wirken sich all die sonstigen Begleiterscheinungen der Krise aus. Die Löhne werden gedrückt, an der Sozialversicherung wird gerüttelt. Vieles von dem, was gefestigt schien, wird von den Unternehmern unterminiert, die wie immer solche kritischen Zeiten ausnützen.

Wäre der 1. Mai ein Feiertag wie so viele andere, dann könnte gefragt werden, ob es sich lohne, ihn in einer solchen Zeit zu feiern. Aber der 1. Mai ist ein Kampftag und wird es bleiben. Als die Arbeitszeit noch endlos lang war, da demonstrierten die Arbeiter für den Achtstundentag. Es war ein Kampf, den anfangs nur wenige ausließen, die verlacht und verhöhnt wurden. Aber ihre Zahl wuchs, und mit ihnen wuchsen ihre Erfolge. Heute ist

der Achtstundentag überall grundsätzlich auch vom Gesetzgeber anerkannt.

Und wenn neben dem Achtstundentag am 1. Mai seit jeher der Ausbau des Arbeiterschutzes, der Sozialgesetzgebung gefordert wurde: heute haben alle Länder auch darin große Fortschritte gemacht. Uns geht das alles nicht weit genug, den Unternehmern geht es zu weit, darum ihr Kampf gegen alles, was errungen wurde. Heute, in dieser schweren Zeit, hat der 1. Mai erhöhte Bedeutung. Wenn wir auch in die Verteidigungsstellung gedrängt sind, wir nehmen den Kampf auf! Und nicht nur das, wir stecken dabei neue Ziele. Es geht nicht mehr um den Achtstundentag. Er genügt nicht mehr!

Die Bierzigstunden- oder die Fünftageweche ist es,

die wir heute fordern und der unser gewerkschaftlicher und unser politischer Kampf gilt. Unsere Arbeitsbrüder müssen von der Straße weg in die Betriebe! Arbeitsgelegenheiten gilt es zu schaffen, und da gibt es kein Mittel, das so rasch wirkt wie die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum unsere neue Losung, die am 1. Mai von der gesamten Arbeiterschaft aufgegriffen werden muß: Dafür demonstrieren wir.

Und den Unternehmern und allen, die ihnen folgen wollen, rufen wir am 1. Mai mit allem Nachdruck zu:

Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialgesetzgebung!

Die Zeiten sind für alle Arbeitenden zu ernst, als daß an den Einrichtungen gerüttelt werden könnte, die ihnen Schutz und Rückhalt bieten. Wir leben nicht mehr im alten Obrigkeitens- und Militärstaat. Soziale Gerechtigkeit ist jetzt das Fundament des Staates. Und so sagen wir auch in diesem Jahre: Der neue Staat muß sozial sein, oder er wird nicht sein.

Eine neue Losung bedeutet neue Kämpfe. Mit Erfolg kann die Arbeiterschaft nur kämpfen, wenn sie einig und geschlossen ist. Deshalb stärkt und festigt eure Reihen! Hinein in die Verbände, hinein in die Gewerkschaft! Proletarier, vereinigt euch! In diesem Zeichen werdet ihr siegen!

Soch der 1. Mai!

Demonstriert! Folgt dabei den von den zuständigen örtlichen Stellen gegebenen Anweisungen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Bergknappen in Not!

Als im Winter 1919-20 die Not des deutschen Volkes auf höchste gestiegen war, weil der in der Kriegszeit heruntergewirtschaftete deutsche Bergbau die anderen Industrien mit dem unentbehrlichen Lebenselement Kohle nicht genügend versorgen konnte, als in den deutschen Bergbaurevieren Katastrophenpolitik fieberhaft bestrebt waren, die mangelhaft ernährten, während der langen Kriegszeit aufs äußerste überanstrengten ausgemergelten Bergknappen aufzuputschen, um dem neugebildeten Volksstaat Schwierigkeiten zu bereiten, schrieb der verstorbene Kamerad Otto H u e seine Broschüre „Volk in Not!“ Der große Führer der deutschen Bergarbeiter schloß seinen SOS-Ruf für das deutsche Volk mit folgenden bewegten Worten:

„Sozialistischer Geist muß unser Handeln bestimmen, dann nur wirken wir zum Heile unserer Volksgenossen und der ganzen Menschheit. Der wahre Sozialist stellt sein „Ich“ nicht in den Vordergrund, sondern handelt hilfreich und gut gegenüber seinen Nebenmenschen. Die Rücksichtslosigkeit gegen die Not „des andern“ wirft uns unrettbar zurück in den barbarischen Urzustand, wo die „Bestie im Menschen“ sich hemmungslos austrast. Wir stehen vor der furchtbaren Tatsache: Das Volk ist in niegefallener Not! Muß es durch Wahnwitz und rücksichtslose Selbstsucht zugrunde gehen, oder soll es sich durch echt sozialistische, gegenseitige Hilfe erheben zu einem schöneren Dasein?“

Sein leidenschaftlicher Appell an die Pflicht gegenüber dem Volksganzen blieb bei der großen Mehrheit der Bergknappen, die sich in der Zeit vor der Revolution nicht durch gelbe Werkvereine zu kriecherlichen, selbsthätigen Kreaturen heranzüchten ließen, nicht unbeachtet. Die Bergarbeiter leisteten die Mehrarbeit, halfen der Not zu steuern und die Verpflichtungen des deutschen Volkes, die sich aus dem Friedensvertrage hinsichtlich Kohlenlieferungen für die Siegermächte ergaben, zu erfüllen. Wenn es Deutschland in den Jahren nach der großen Katastrophe gelang, allmählich aus den tiefsten Niederungen emporzusteigen, so verdankt es dies zum großen Teile auch seiner Bergarbeiterschaft, die in der schwersten Zeit der Not sich ihrer Pflicht gegenüber dem Volksganzen stets bewußt war.

Schwere Zeiten durchlebt das deutsche Volk auch jetzt, aber die gegenwärtige Not rührt nicht vom Mangel an Kohlen und als dessen Folge Mangel an anderen Industrieerzeugnissen her, sondern von deren Ueberfluß! Die deutschen Bergarbeiter werden von dieser Not doppelt getroffen. Sie leiden nicht nur dadurch, daß sie arbeits- und brotlos werden, sondern auch dadurch, daß ihre Selbsthilfe, wie sie in der Knappschafspensionsversicherung zum Ausdruck kommt, und zu der sie jahrzehntelang Opfer in Gestalt hoher Beiträge gebracht haben, vom Zusammenbruch bedroht wird. Zwar ist das Knappschafswesen reichsgefegli-

regelt, aber es beruht im Grunde nur auf dem Opferwillen der Bergarbeiter. Bis zum 1. Mai 1929 hat nämlich das Reich auch keinen Pfennig Zuschuß zur Pensionsversicherung geleistet. Mein, im Gegenteil, es hat Verpflichtungen, die ihm außerpolitisch erstanden, der Knappschafspensionsversicherung aufgeladen.

Ein Beispiel aus der neuesten Zeit mag dies beweisen. Es handelt sich hier um besondere Zuschüsse für die Knappschafspensionempfänger aus dem Saargebiet, die zum Teil vom Reich, zum anderen Teil von der Reichsknappschaf auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums getragen wurden. Unterm 17. Februar d. J. erhielt die Reichsknappschaf vom Reichsarbeitsministerium einen Brief, der u. a. auch folgende Ausführungen enthält:

„Die Ueberweisung von weiteren besonderen Mitteln für die Zeit nach dem 31. März d. J. wird sich voraussichtlich nicht mehr ermöglichen lassen. Da anzunehmen ist, daß bis zum 1. April die Entscheidung über die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Reichsknappschaf getroffen wird, ersuche ich schon jetzt vorzusehen, daß die Zuschüsse nach § 33 des Heidelberger Abrede vom 1. April 1931 ab von der Reichsknappschaf allein getragen werden.“

Der 1. April ist vorüber. Die Leistungsfähigkeit der Knappschafspensionsversicherung ist noch lange nicht sichergestellt. Das Reich hat aber bereits im Februar erklärt, daß es selbst seinen bisherigen Anteil für das Saargebiet nicht zahlen, sondern ihn der Reichsknappschaf zu zahlen überlassen will. Wie kommt aber die Reichsknappschaf dazu, nach Landesteilen, aus denen sie keinen Pfennig Beitrag erhält, Leistungen zu gewähren? In ähnlicher Weise ist die Reichsknappschaf hinsichtlich Elsaß-Lothringens, der von der Knappschafspflicht befreiten Werke und anderer Umstände behandelt worden. Sie mußte Lasten tragen, die die Allgemeinheit und nicht die Bergarbeiter allein zu tragen verpflichtet sind!

Wenn es unstrittig ist, daß die deutschen Bergarbeiter durch die Einstellung ihrer Führer und durch eigenes Verhalten in Deutschlands schwerster Zeit gezeigt haben, daß sie sich ihrer Pflicht gegenüber der Allgemeinheit stets bewußt waren, so muß es sie ungemein erbittern, wenn sie sehen, daß weite Kreise des deutschen Volkes sich ihnen gegenüber so einstellen, wie der Hansabund. In einer Veröffentlichung dieses Bundes „Statskritische Korrespondenz“ vom 9. April 1931 nimmt nämlich der Reichsminister a. D. Gothein zur Lage der Knappschafspensionsversicherung Stellung. Von einem früheren Reichsminister hätte man erwartet, daß er zumindest mit mehr

Sachkenntnis an der Behandlung einer Frage herangehen würde, die reichsgefällig geregelt ist.

Nach Gothein sind der Knappschicht die ganzen Schwierigkeiten nur dadurch erwachsen, daß sie zu hohe Leistungen gewährt. Eine Durchschnittsrente von 68 M. monatlich ist diesen Herrn für einen bergfertigen Bergarbeiter, der unter schweren Gefahren für Leben und Gesundheit den lebenswichtigsten Urstoff der gegenwärtigen deutschen Wirtschaft zutage fördert, eine zu hohe Rente. Es ist jedoch hier nicht bekannt, daß Herr Gothein jemals daran Anstoß genommen, daß ein Bürokrat, der unter viel angenehmeren Umständen seine Dienste der Allgemeinheit leistet, auch im Falle, daß er ebenso wie der Bergarbeiter keine Ausgäbe für eine höhere Schulbildung hatte, den fünf- bis sechsfachen Betrag der Rente eines Bergmanns als Pension erhält.

Nach dem Herrn Reichsminister a. D. Gothein müssen die Leistungen der Pensionsversicherung auf das Maß der Leistungen der Invalidenversicherung herabgedrückt werden. Nach seiner eigenen Feststellung betrug eine Invalidenrente im Durchschnitt des zweiten Vierteljahres 1930 36,40 M. Mit einer so „hohen“ Rente müßte sich also der Bergarbeiter begnügen, wenn er invalide im Sinne des § 1255 der RVO. wäre. Von seiner Bergfertigkeit und Entlassung aus der Bergarbeit ab bis zur Reichsinvalidität müßte er aber von der Milderung solcher „Menschenfreunde“ leben wie sie neben Herrn Gothein im Hansabunde tätig sind. Fürwahr, das wäre eine herrliche Belohnung und entspräche dem Mitleid, das Schmol und seine Leser den Bergarbeitern bei den großen Grubentatastrophen bekunden.

Der Hauptbeweggrund für Herrn Gothein, die Abhandlung über die Knappschicht zu schreiben, scheint der Wunsch zu sein, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß er persönlich ein Mann von großem Weitblick sei, da er bereits 1924 viel weiter hätte sehen können als die Gewerkschaftspolitiker. Schreibt er doch:

„Mit der Ueberspannung ihrer Forderungen an seine Leistungen haben die Gewerkschaftspolitiker — wie ich ihnen das schon 1924 beim Zustandekommen des Reichsknappschichtgesetzes warnend vorausgesagt habe — die Knappschicht, diese viele Jahrhunderte alte Arbeiterversicherung, zu Tode kurieren.“

So ganz weislichend, wie der Herr Reichsminister a. D. sich selbst dünkt, ist er in Wirklichkeit jedoch nicht gewesen. Seine Rechnung hat nämlich mehr als ein Loch. Gesezt den Fall, die Pensionsleistungen wären 1924 nur in der Höhe der Leistungen der Invalidenversicherung vorgesehen worden, glaubt dann der Herr Reichsminister a. D. im Ernste daran, daß jemand die Bergarbeiter hätte dazu bringen können, für solche Renten Beiträge in Höhe von 12 Prozent und mehr des Lohnes zu zahlen, wie dies bis Mai 1929 geschehen ist? Nein, Herr Reichsminister a. D., wenn die Leistungen der Pensionsversicherung nur auf das Maß der Leistungen der Invalidenversicherung festgesetzt worden wären, dann hätte man, ohne den Bestand der Knappschicht zu gefährden, auch keine höheren Beiträge als in der Invalidenversicherung erheben können. Wären dann die gleichen Umstände eingetreten wie jetzt, daß man der Knappschicht Lasten aus dem Kriege, für Elsaß-Lothringen, fürs Saargebiet, für Verträge mit anderen Ländern und für die Werke aufgebürdet hätte, die von der Knappschichtspflicht befreit wurden, so hätte die Pensionsversicherung mit den gleichen Schwierigkeiten wie heute zu kämpfen gehabt, wenn dazu noch die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter im Laufe von 12 Jahren um mehr als 50 Prozent sich verringert hätte.

Mit seinen Ausführungen zur Knappschichtfrage kann, wie gesagt, der Herr Reichsminister a. D. keinen großen Staat machen. Man könnte sie verständlich finden, wenn sie von einem verheirateten Unternehmerhändlisch gemacht worden wären, der während seiner Univeritätsstudien von einem Prof. Horneffer übte Wige als letzte Wahrheiten vorgelesen bekam. Bei einem deut-

sehen Reichsminister a. D. sollte man sie nicht für möglich halten. Herr Gothein möge dann schon lieber aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und erklärt haben, daß er überhaupt jede Sozialversicherung für überflüssig halte.

Bei der Forderung der Bergarbeiterverbände auf Sanierung der Knappschicht durch das Reich ist auch darauf hingewiesen worden, daß, wenn keine andere Hilfe möglich sei, für die Knappschicht eine Abgabe vom Produkt erhoben werden möge. Eine solche Abgabe würde z. B. im Kohlenbergbau nur Pfennigbeträge pro Tonne ausmachen. Man müßte meinen, daß die Allgemeinheit ein solch kleines Opfer für den Bergmann übrig hätte. Aber nein, auch diese Forderung begegnet überall kalter Ablehnung. Sollte denn wirklich außerhalb der eigentlichen Bergarbeitervertreter kein Mensch im Deutschen Reich sich finden, der ähnlich wie der verstorbene Bergarbeiterführer Otto Hue 1919 den SOS-Ruf „Volk in Not!“, den gegenwärtig dringenden SOS-Ruf aufnehmen würde:

Bergknappen in Not!

Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Oesterreich über Sozialversicherung.

Zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Oesterreich wurde ein Vertrag geschlossen, der sich bezieht auf 1. die Krankenversicherung der Arbeiter und Angestellten, 2. die Unfallversicherung der Arbeiter und Angestellten, 3. die knappschichtliche Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich, 4. die Bruderladenprovisionsversicherung in Oesterreich, 5. die Invalidenversicherung der Arbeiter, 6. die Angestelltenversicherung im Deutschen Reich, 7. die Pensionsversicherung der Angestellten in Oesterreich.

Die Artikel 12 und 23 regeln die Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter. Artikel 15 sieht vor, daß zwischen der deutschen Angestelltenversicherung und der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten ein Gegenseitigkeitsverhältnis hergestellt wird. Dies trifft auch zu auf die knappschichtliche Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie auf die deutsche Angestelltenversicherung und der deutschen knappschichtlichen Pensionsversicherung der Angestellten einerseits und der österr. Bruderladenprovisionsversicherung andererseits. Sind für einen Versicherten Beiträge zur deutschen und zur österreichischen Versicherung entrichtet, so werden diese Beitragszeiten, soweit sie sich nicht decken, für die Erfüllung der Wartezeit und für die Zulässigkeit der freiwillig Versicherten zusammengerechnet. Dies gilt nicht für die Zeiten für die knappschichtliche Alterspension. Diesen Beitragszeiten sind auch solche Zeiten gleichgestellt, die nach innerstaatlichem Rechte zur gänzlichen oder teilweisen Erfüllung der Wartezeit geeignet sind.

Krankheitszeiten, die nach der Gesetzgebung des einen Staates als Ersatzzeiten anzurechnen sind, erhalten die Anwartschaft auch in dem anderen Staate.

Der Vertrag sieht ferner vor, daß bei Eintritt eines Versicherungsfalles die Versicherungsträger beider Staaten die Rente gewähren, auf die nach innerstaatlichen Vorschriften ein Anspruch besteht. Ferner ist vorgesehen, daß, wenn der Berechtigte insgesamt weniger an Rente erhält, als ihm in einem der beiden Staaten allein nach innerstaatlichen Vorschriften und auf Grund der in diesem Staate zurückgelegten Beitragszeiten zustehen würde, hat der Versicherungsträger dieses Staates die ihm zur Last fallende Rente und den Unterschiedsbetrag zu erhöhen.

Beträgt die Rente weniger als 15 M. oder 25 Schilling und steht fest, daß der Versicherungsträger des anderen Staates nicht leistungspflichtig ist, so kann eine Abfindung mit dem dreifachen Jahresbetrage der Rente abzüglich der bereits ausgezahlten Beiträge gezahlt werden. Durch die Zahlung der Abfindung erlegt jeder weitere Anspruch.

Der Vertrag, der über 6 Seiten des Reichsgesetzblattes Nr. 7 vom 28. März, Teil 2, einnimmt, ist nur zu begrüßen, da er die deutschen Volksgenossen noch enger miteinander verbindet, als es bisher der Fall war.

bestehende Arbeitsbedingungen in einzelnen Ländern nicht gefährden. Da verschiedene Regierungen gegenwärtig über die Fragen verhandeln, wird das Komitee vor den Verhandlungen in Genf am 26. Mai zusammentreten, um die Lage zu prüfen und eine einmütige Haltung der Arbeitergruppe festzulegen.

Mit dem Vorstand des IGB. wurde am 10. April die Sachlage besprochen, Inhalt des Wortentwurfs und die Änderungsvorschläge beraten. Es ergab sich in diesen Fragen völlige Einmütigkeit beider Organisationen.

Lohnerhöhung und Profitinteresse.

Ohne Zweifel war es ein großer Fortschritt in der Klärung der Zusammenhänge von Lohnhöhe und Konjunkturgestaltung, als von führender Gewerkschaftsseite darauf hingewiesen wurde, daß der Lohn nicht nur Kostenfaktor sei, sondern auch Konsumfaktor, anders ausgedrückt, daß von dem Lohnentkommen der arbeitenden Massen weitgehend die Aufnahmefähigkeit des Marktes abhängt. Wenn der Unternehmer Rohstoffe und Antriebsstoffe zu möglichst billigem Einstandspreise zu erwerben versucht, ist er sicherlich gut beraten; und nur von diesem Blickpunkt betrachtet, geht, solange die kapitalistische Gewinnwirtschaft gilt, sein privates Interesse mit Recht darauf aus, auch die ebenfalls auf dem Gestehtungskostenkonto zu buchende Ware „Arbeitskraft“ zu möglichst günstigem Preis zu erwerben. Dieses Interesse aber kreuzt sich offenbar mit einer anderen Ueberlegung: der Arbeiter ist zu gleicher Zeit Konsument, in unserem Industrieland sogar der ausschlaggebende Verbraucher. Man kann aber nicht den Lohnempfänger im Arbeiter drücken, ohne zugleich den Konsumenten zu treffen, und der Arbeiter muß den auf dem Arbeitsmarkt empfangenen Schlag in seiner Rolle als Konsument an die Warenmärkte weitergeben. Wer freilich glaubt, daß diese Erkenntnis ausreichen würde, den Unternehmer zu einer einsichtsvolleren Lohnpolitik zu bekehren, verzicht in nicht zulässiger Harmlosigkeit den Klaffenbau und den dadurch gegebenen Interessengegensatz, der jeder kapitalistischen Wirtschaftsorganisation zugrunde liegt.

Bei näherem Zusehen aber verfeinert und spaltet sich das soeben angerührte Problem. Industriezweigen mit geringem Anlagekapital und einem stärkeren Ueberwiegen des Lohnkapitals stehen anderen Produktionsunternehmungen gegenüber, die mit einem umfangreichen fixen Kapital (maschinelle Anlagen usw.), dagegen mit verhältnismäßig geringfügiger Verwendung von menschlicher Arbeitskraft produzieren. Diese letzteren werden bei der Frage etwaiger Lohnerhöhungen eine größere Beneigntheit aufweisen, Konzessionen zu machen als die ersten, weil in den Industrien mit geringer Arbeitsverwendung Lohnerhöhungen weniger stark zu Buche schlagen, während das mit Zinsen und Tilgungsraten belastete Kapitalkonto gebieterisch verlangt, daß unter allen Umständen der Produktionsgang ein ungeörter bleibt, weil die bei einem etwaigen Streik entstehenden Kapitalverluste namhafter sind als die durch langwierige Arbeitskämpfe vielleicht zu ermöglichenden Lohnersparungen.

Man muß aber dem hier zur Rede stehenden Problem noch einen weiteren Schritt nachgehen: Die durch Lohnerhöhungen bewirkten Steigerungen oder vielmehr Verschiebungen in den Nachfrageverhältnissen kommen keineswegs den einzelnen Wirtschaftszweigen in gleicher Weise und in einem gleichen Umfang zugute. Bis zu einer gewissen Grenze bewirkt eine Lohnerhöhung keinerlei verstärkte Nachfrage nach Industrieprodukten, sie erstreckt sich vielmehr ausschließlich auf eine numerisch in die Erscheinung tretende größere Nachfrage nach Konsumgütern, nämlich immer dann, wenn es sich um eine schlecht entlohnte Arbeiterschaft handelt, die jeden Kaufkraftzuwachs einmal dafür verwendet, sich reichlicher und besser zu ernähren, als es ihr bisher möglich war. Aus diesem Grunde hat das Unternehmertum des Frühkapitalismus jeder Erhöhung eine strenge Opposition entgegengelegt, weil es sich ausrechnen konnte, daß die erhöhten Löhne in vollem Umfang auf dem Markt der agrarischen Produkte angelegt werden würden, so daß die infolge der Lohnsteigerung eintretende Verteuerung der Industrieprodukte in diesem Fall nicht weitgemacht wurde durch eine erweiterte Nachfrage. Gegenwärtig bedeuten Lohnerhöhungen in erster Linie einen Vorstoß des Arbeiterkonsums in die Sphäre des sogenannten „Leichtglugs“, so daß die Hersteller dieser Produkte von Lohnerhöhungen in der Regel einen Vorteil haben, der ihre eigene zusätzliche Belastung überkompensiert, da ein verhältnismäßig großer Teil der gesteigerten Nachfrage sich ausschließlich ihrer Produktion zuwendet. Was als Leichtglug anzusprechen ist, bestimmt sich nach dem sehr verschiedenen Lebensstandard der Arbeiterchaft in den einzelnen nationalen Wirtschaften. In Amerika gehört das billige Kleinauto bereits in den auch schon für den Arbeiter erreichbaren Leichtglug hinein, wodurch sich die scheinbar so liberale Lohnpolitik von Henry Ford erklärt. Diese bedeutet keineswegs eine Ueberwindung des engstirnigen Klasseninteresses, sie entspringt auch nicht einer Humanitätserwägung, sie findet vielmehr ihren Grund ausschließlich in einer durchaus richtig kalkulierten Profitberechnung. Werden die amerikanischen Arbeiter durch höhere Lohnbezüge kaufkräftiger, so konzentriert sich bei dem gegenwärtigen Lebensniveau des amerikanischen Facharbeiters die gesteigerte Nachfrage auf das billige Ford-Auto, so daß in der konkreten Situation das Profitinteresse des Herrn Ford zufällig parallel läuft mit dem Arbeiterinteresse an hohen Löhnen. Produzenten von Artikeln, die ohnehin von der Arbeiterchaft gekauft werden müssen, oder Hersteller von Waren, die auch bei erhöhten Löhnen für den Arbeiter unerweichlich bleiben, werden sich dagegen stets allen Lohnforderungen gegenüber unnachgiebig verhalten, weil sie durch höhere Löhne nur auf der Produktionsseite belastet werden, während ihnen von der Markseite keine Erleichterung winkt.

Selbstverständlich gelten die gleichen Zusammenhänge auch, wenn man sie von dem entgegengesetzten Standpunkt etwaiger Lohnkürzungen betrachtet. Wenn in Deutschland die Löhne beispielsweise allgemein um 8 Proz. gekürzt werden, so bedeutet das nicht, daß der gesamte Arbeiterkonsum einen gleichmäßigen Rückgang in allen seinen Zweigen um 8 Prozent erleidet. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ist in weiten Grenzen unelastisch, d. h. Lebensmittel müssen gekauft werden ohne Rücksicht auf den Preis, wenn auch eine gewisse Abwanderung zu schlechteren und billigeren Ernährungsmöglichkeiten stattfinden mag. Die Nachfrage nach Kartoffeln und Brot wird von Lohnminderungen kaum betroffen, ja, sie nimmt erfahrungsgemäß, wenn die Löhne herabgesetzt werden, sogar noch weiter zu, weil andere Ernährungsmöglichkeiten für den Arbeiter jetzt ausscheiden, er um so stärker darauf angewiesen bleibt, von Kartoffeln und Brot zu leben, die vergleichsweise noch immer billiger sind als Fleisch, Milchprodukte und Gemüse. Dagegen vermindert sich die Kaufkraft an Industrieprodukten in einem viel stärkeren Prozentsatz als der Lohnverfugung an sich entsprechen würde. Ein achtprozentiger Lohnabzug kann in manchen Industrieprodukten einen mehr als 20prozentigen Rückgang der Nachfrage bewirken.

Natürlich wird, auch eine solche Erwägung den Unternehmer genau so wenig veranlassen, von jeder nur irgendwie durchführbaren Lohnverfugung Abstand zu nehmen, wie sie im oben dargelegten Fall eine freiwillige Lohnheraufhebung bewirkt. Solange die kapitalistische Klassengegensätzlichkeit besteht, können Lohnerhöhungen nur in erfolgreichem Angriffskampf erreicht, Lohnkürzungen nur in geschlossener Abwehr verhindert werden.

Tagung des Internationalen Komitees.

Am 9. und 10. April tagte das Internat. Bergarbeiterkomitee in Brüssel, am 10. zusammen mit dem IGB. Vertreten waren Deutschland durch Berger, Limberg, Schmidt; Frankreich durch Bigne und Bard; Belgien durch Desjardin, Lombard und Delattre; England durch Cook und Edwards; Holland durch Vanderbilt; Polen durch Stanczyk. Husemann und Richards waren durch Krankheit entschuldigt; weiter waren entschuldigt Tschechen und Oesterreicher. Cook, dem nach schwerer Krankheit ein Bein amputiert wurde, empfing herzliche Begrüßung des Komitees.

Luxemburg machte Mitteilung von bevorstehendem Lohnkampf. Erbeten Hilfe der Internationale für den Notfall wurde zugesichert. Desjardin und Cook wurden zu einer Konferenz des IGB. in Madrid delegiert, Delattre zum Kongreß der französischen Organisation.

Die wirtschaftliche Lage im Bergbau

Ist überall sehr ungünstig. In Belgien ist ein Lohnabbau von 9 Prozent eingetreten, weil die Lebenshaltungskosten um 13 Prozent gestiegen sind, ebenso die Kohlenpreise. Beim Steigen müssen auch die Löhne wieder steigen. In England hat sich die Lage wenig geändert, nur der Bezirk Südwales hat einen Lohnabbau von 10 Proz. annehmen müssen. Die Organisation verlangt von der Regierung eine Geiz über den Mindestlohn für Bergarbeiter. Der deutsche Bericht lag, wie immer, schriftlich vor; er wurde ergänzt durch Angaben über die Tarifkündigung im Ruhrbergbau und die Aussichten für Herabsetzung der Arbeitszeit in Verfolg der Arbeiten der Braunkommission.

In Polen ist die Lage sehr ernst. Halbenbestände sind groß, Feiertagchichten zahlreich. Viele Zechen arbeiten drei bis vier Tage in der Woche. Die Produktion im Jahr von 46,2 Mill. To. in 1929 auf 37,5 in 1930, der Inlandsabzug von 27,1 auf 20,2 Mill. To., die Ausfuhr von 14,7 auf 12,8 Mill. To. Der Fördererichichtartikel betrug von 1285 kg. Ende 1929 auf 1340 kg. Ende 1930. Die Arbeitszahl ging von 135 289 auf 116 993 zurück. Es gelang, die Löhne zu halten; sie betragen im Durchschnitt 10 Zloty 21 Groschen. In Dombrowa und Krakau verlangten die Unternehmer Akford- und Prämienabbau; Verhandlungen sind noch im Gange. Die Regierungspartei hat einen Gegenverband im Bergbau gegründet, er hat 3000 bis 4000 Zwangsmitglieder. Er kämpfte aber in Lohnfragen nicht gegen unsern Verband.

In Frankreich setzten in kleinen Revieren die Unternehmer einen Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent durch. Für Nord und Pas de Calais wurde ein Schiedspruch erzielt, der 4 Prozent Abbau ab 1. April und weitere 2 Prozent ab 15. Mai vorsieht. Kommunistische Streikversuche hatten keinen Erfolg. Im Loiregebiet wurden zwei Zechen mit 1400 Arbeitern stillgelegt. Feiertagchichten gibt es auch schon, sonst sind aber Entlassungen im größeren Umfang noch nicht vorgekommen. Die

Unternehmer berufen sich bei ihren Forderungen auf die Konkurrenz des Auslandes. Als der Verband den Streik zum 30. März beschlossen hatte, forderten die Kommunisten zum Streik am 16. März auf. Von 300 000 beteiligten sich höchstens 20 000 an diesem Streik, meist unter Druck und Terror.

Holland hat noch ziemlich gute Kohlenlage, wenn auch die Unternehmer über Auslandskonkurrenz und Ausfuhrerschwerung klagen. Nachdem eine Zeitlang die Arbeitereinstellung gesperrt war, sind neuerdings wieder Schlepper eingestellt worden. 1929 gelang eine Lohnerhöhung von 5 Prozent, von Oktober 1930 sollte sie wieder abgebaut werden, das ist aber noch nicht geschehen. Die christlichen Gegner entsandten unter Mithilfe der Geistlichen einen heftigen Kampf gegen uns bei den am 12. Mai beginnenden Knappschichtwahlen. Die deutschen und polnischen Kameraden werden erjucht, soweit sie können, bei ihren Freunden in Holland für unsere Sache zu werben.

Nach eingehender Debatte wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

„Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale hat in seiner Sitzung vom 9. April 1931 in Brüssel die Berichte aller vertretenen Länder über die Lage der Kohlenindustrie, der Arbeitslosigkeit entgegengenommen. Es stellt fest, daß weitere Lohnreduktionen vorgenommen sind und weitere angefündigt werden. Trotzdem häufen sich die Halbenbestände an, die Krise verschlimmert sich und die Lage der Bergleute wird täglich ungünstiger.“

Die Exekutive erklärt erneut ihren Willen, eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau durchzuführen, sie hält aber auch andere Maßnahmen für notwendig, um den unerträglichen wirtschaftlichen Zuständen, die eine Folge des kapitalistischen Produktions- und Austauschsystems sind, ein Ende zu bereiten. Das Komitee beschließt, eine außerordentliche internationale Konferenz für den Monat Juli einzuberufen, um notwendige Schritte zu beraten für den Fall, daß der Völkerverbund in dieser Frage auch ferner untätig bleibt. Es fordert die Landesorganisationen auf, zu dieser Konferenz Berichte einzureichen und Abhilfemaßnahmen, um die Fehler des gegenwärtigen Systems zu korrigieren, sowie Mittel, diese Maßnahmen in die Tat umzusetzen, vorzuschlagen.“

Die Ausprache über die Frage der internationalen Konvention über die Arbeitszeit im Bergbau nahm einen erheblichen Teil der Verhandlungen in Anspruch. Der amtliche Wortentwurf lag deutsch nur zu einem Teil vor, englisch und französisch vollständig. (Wir kommen auf ihn noch zurück.) An Hand des Wortentwurfes wurden die einzelnen Fragen eingehend besprochen und Änderungsanträge beschlossen. Es ergab sich völlige Uebereinstimmung in den Forderungen: Ein Abkommen, welches Steinkohle unter und über Tage, Braunkohle und -tagebau erfaßt. Alle Arbeiter, mit Einschluß der Steiger, müssen erfaßt werden. Siebenstundenschicht und höchstens 60 Ueberstunden im Jahre. Das Abkommen darf

Warum die Explosion auf Anna 2 von solch furchtbarer Wirkung war?

V.

Zum Hauptschacht heraus.

Die Explosion fand in dem großen Schachtrohr, dessen lichte Weite etwa 20 Quadratmeter betrug, einen bequemen Weg nach oben. Die Doppelförderung (eine zur 4., die andere zur 5. Sohle) stand im Augenblick der Explosion still. Zwei Körbe hingen an den Sohlen, die anderen beiden an der Hängebank. Der normalerweise herabfließende Wetterstrom wurde von der Explosion vergewaltigt und zurückgeschleudert. Die nicht mehr in Betrieb befindlichen Füllörter der oberen Sohlen lieferten weiteren Kohlenstaub und wahrscheinlich auch noch Methan. In die Sohlenstrecken ist dort die Explosion nicht weit hineingeschlagen. Auf der 3. Sohle wurde ein Beamter, der sich mehrere hundert Meter vom Schacht entfernt befand, durch den Luftdruck getötet.

Im Schacht selbst wirkte sich die hochsteigende Explosion mechanisch zunächst nicht aus. Zwar wurden ihr wenig Angriffs-möglichkeiten geboten, denn die Spurlatten und die schmalen eisernen Fahrten boten wenig Angriffsflächen. Dagegen wären die Fahrstichtbühnen nicht verschont geblieben, wenn die Explosion überhaupt eine nennenswerte Stoßkraft entwickelt hätte. Diese Bühnen bestanden aus gelochtem Eisenblech, wie man es an Förderkörben findet. Erst etwa 100 Meter unterhalb des Schachtmundes setzte die Zerstörungskraft ein, um sich nach oben weiter zu steigern, bis zu einer noch nicht bekannten Stärke. Die Leser wollen beim Betrachten des nebenstehenden Bildes unten im Schacht anfangen. Die Darstellungen in diesen Bildern sind auf einen wahren Befund. Die Fahrtenbühnen wurden erst wenig, dann immer mehr von der hochsteigenden Explosion nach oben verbogen und dann bei Annäherung an den Schachtmund vollkommen mit samt den Fahrten weggerissen. Diese Tatsache und die folgenden beweisen unwiderlegbar, daß die Explosion aus der Grube heraus nach oben geschlagen hat.

Die Zerstörung der Schachtanlage.

Wenn eine Explosion innerhalb eines Rohres, z. B. eines Kanonenrohres, oder wie hier, eines Schachtrohres, stattfindet, so daß nur ihre Abgase aus der Mündung herausgeschleudert werden, dann wirkt die Stoßkraft in nur einer, und zwar der Mündungsrichtung. Hier war es anders. Mit Annäherung an den Schachtmund steigerte sich zwar die Explosionskraft, aber sie erreichte ihre vollste Wirkungs- und Explosionsmöglichkeit erst beim Verlassen des Schachtrohres. Die mitgeführten Methan- und Kohlenstaubgasemengen veränderten sich beim Austritt in die freie Luft aus der träge brennenden Ubersättigung zu einem hochexplosiblen Gemisch und taten so ihre Wirkung. Sie fanden außerdem Verstärkung in dem oben lagernden Kohlenstaub. Deshalb wirkte der Explosionsdruck nicht nur nach oben, sondern nach allen Seiten.

Bei der früheren Schilderung des Vorganges, der zum Niederlegen des Schachtes führte, ist uns ein Irrtum unterlaufen. Wir sagten damals, daß die Explosion das Schachtgebäude, d. h. die Mauern weggeblasen hätte, wodurch das Schachtgerüst die Belastung der Hängebank nicht mehr ertragen konnte und umgeknickt sei. Es war schlimmer, viel schlimmer! Die Explosion schlug unter die Hängebank, das Dach und alle anderen verfügbaren Flächen, die am Schachtgerüst befestigt waren und riß es hoch. Die vier Gerüstpfiler wurden von den Trägern nach oben abgerissen. Die Schraubenbolzen rissen ab, die Winkel-laschen wurden nach unten, die Ränder der Träger zum Teil nach oben verbogen. Nach der Explosion sackte das Schachtgerüst zurück. Die vier Eckpfiler fielen nicht wieder auf ihre Träger zurück, sondern neben diesen in den Schacht.

Die beiden an der Hängebank befindlichen Förderkörbe wurden gleichfalls hochgeschleudert. Die schweren Unterseile boten Widerstand. Dadurch wurden die unteren Tragböden von den Körben abgerissen und fielen mit den Unterseilen in den Schacht herunter. So war der Vorgang; denn wären die Tragböden erst später abgerissen worden, dann hätten sie kaum durch das nachher entladene Eisengewirr im Schacht hindurchfallen können.

Die beiden Schrägstreben verhinderten ein Umfallen nach dem Maschinengebäude zu und weil sie beide unten sehr weit gespreizt aufstanden, ließen sie das Schachtgerüst weder nach rechts noch nach links fallen. Es mußte sich vorn herüber in entgegengesetzter Seite zum Maschinenhaus herüberlegen. Die Schrägstreben hielten an ihren Fundamenten fast bis zum letzten Augenblick. Erst als das Gerüst fall vollkommen auf dem Erdboden lag, gaben die Schraubenbolzen nach. Sie rissen ab.

Nach nördlicher und nordöstlicher Richtung hatte die Explosion, abgesehen von der Mauer des Schachtgebäudes, freie Fahrt. Dort befand sich das Holzlager, über welches der Explosionsdruck ziemlich weit hinaus gewirkt hat. Mehrere hundert Meter vom Schacht entfernt wurden die dort befindlichen Wohnhäuser zum Teil sehr stark beschädigt. Nordwestlich vom Schacht befanden sich die Büroräume usw. Sie waren durch Ausgänge mit dem Schachtgebäude direkt verbunden. So fand die Explosionswelle Gelegenheit, in diese Büroräume hineinzugelangen und die Mauern auseinanderzuwerfen. In dieser sowie in west- und südwestlicher Richtung konnte die Explosion in diesen Gebäuden ihre Kraft auswirken, so daß darüber hinaus nur geringe Zerstörungen entstanden. Nach Süden bzw. nach Südosten bot die verhältnismäßig hohe Berghalde der Explosion Widerstand. In östlicher Richtung fingen die starken Mauern des Maschinenhauses und der Separation die Explosionswelle auf. Was an diesen Gebäuden nachgiebiges war, flog weg.

Oberhalb der Lübbings war die Schlagkraft der Explosion bereits so stark, daß die Schachtmauer angegriffen wurde. Dadurch und wahrscheinlich auch durch das Hochreißen des Schachtgerüsts bzw. der beiden Gerüstträger erhielt die Mauer Risse. Dieselben Erscheinungen hat man nach der Explosion auf der Grube Gabriele in der Tschetslowakei vorgefunden.

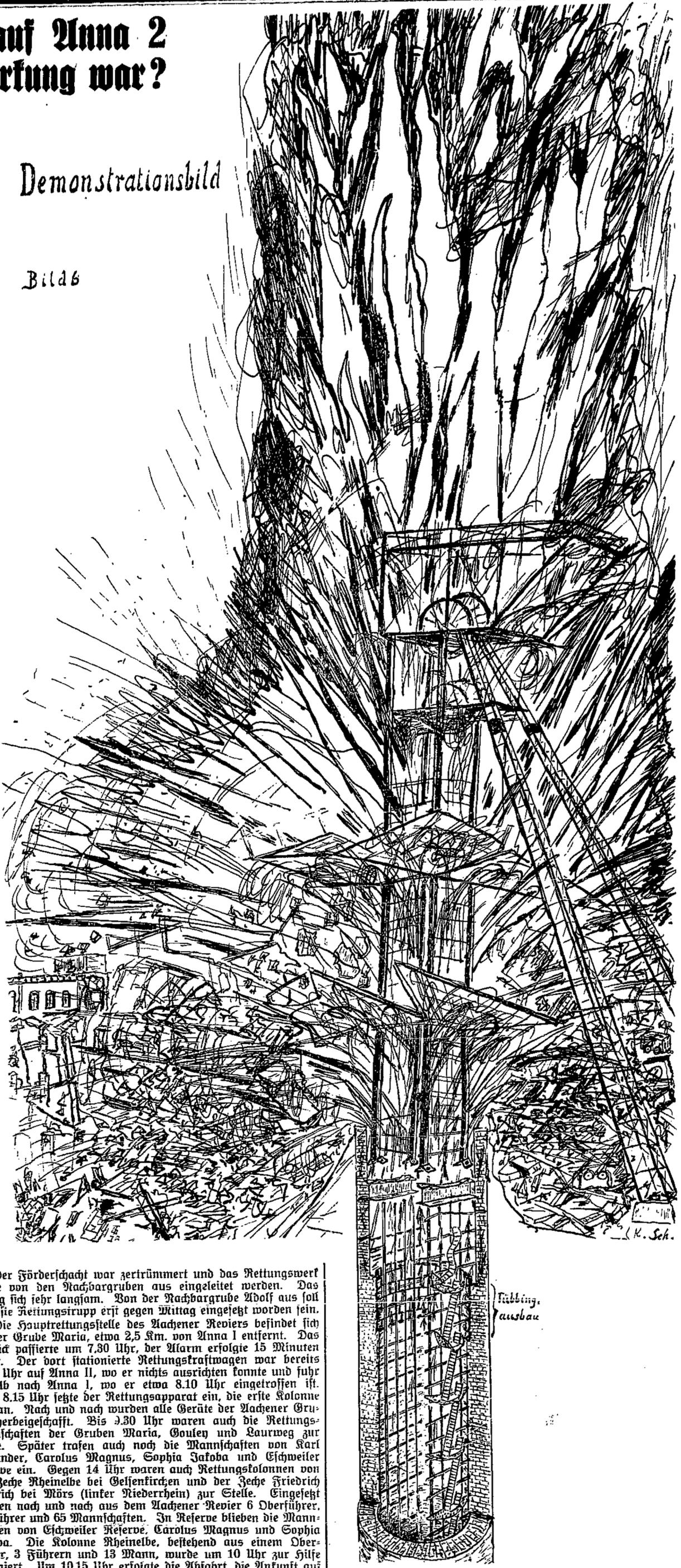
Es wurden vielfach Ansichten geäußert, daß doch auch über Tage oder im Schachtmund irgend etwas explodiert sein müsse. Nach dem vorher Gesagten bleibt für die Explosion anderer Stoffe als der hier angeführten kein Raum mehr. Sprengstoffe hätten im übrigen besondere Merkmale hinterlassen müssen. Derselben wurde nicht gefunden, auch brauchte die hochgeschlagene Grubenexplosion Hilfe anderer Sprengelemente nicht.

Die Rettungsarbeiten.

Von den 271 Getöteten sind rund drei Viertel den Nachschwaden zum Opfer gefallen und nur ein Viertel einschließlich der oberirdischen wurde durch Schlag oder Verbrennung getötet. Das zu wissen, ist furchtbar! Unsere Aufgabe ist es, eingehend zu prüfen, welche Schutzmaßnahmen möglich sind und wie es besser hätte gemacht werden können. Allerdings kann man uns erwidern, daß es jetzt leichter sei, Schlussfolgerungen zu ziehen, als damals in den Stunden der Ungewißheit richtige Maßnahmen zu treffen. Auch diese Erwiderung wird uns nicht abhalten, auf Lübbing hinzuweisen. Ohne Zweifel haben die einzelnen am Rettungswert beteiligten Menschen ihr Bestes hergegeben. Der Gesamtmechanismus funktionierte schlecht.

Demonstrationsbild

Bild 6



Der Förderschacht war zertrümmert und das Rettungswert mußte von den Nachbargruben aus eingeleitet werden. Das vollzog sich sehr langsam. Von der Nachbargrube Adolf aus soll der erste Rettungstrupp erst gegen Mittag eingeseht worden sein.

Die Hauptrettungsstelle des Nachener Reviers befindet sich auf der Grube Maria, etwa 2,5 km. von Anna I entfernt. Das Unglück passierte um 7.30 Uhr, der Alarm erfolgte 15 Minuten später. Der dort stationierte Rettungstrupp war bereits um 8 Uhr auf Anna II, wo er nichts ausrichten konnte und fuhr deshalb nach Anna I, wo er etwa 8.10 Uhr eingetroffen ist. Etwa 8.15 Uhr setzte der Rettungsapparat ein, die erste Kolonne fuhr an. Nach und nach wurden alle Geräte der Nachener Gruben herbeigeschafft. Bis 9.30 Uhr waren auch die Rettungsmannschaften der Gruben Maria, Gouley und Laurweg zur Stelle. Später trafen auch noch die Mannschaften von Karl Alexander, Carolus Magnus, Sophia Jakoba und Schweiler Referre ein. Gegen 14 Uhr waren auch Rettungskolonnen von der Zeche Rheinlabe bei Gelsenkirchen und der Zeche Friedrich Heinrich bei Mors (unter Niederrhein) zur Stelle. Eingeseht wurden nach und nach aus dem Nachener Revier 6 Oberführer, 17 Führer und 65 Mannschaften. In Referre blieben die Mannschaften von Schweiler Referre, Carolus Magnus und Sophia Jakoba. Die Kolonne Rheinlabe, bestehend aus einem Oberführer, 3 Führern und 13 Mann, wurde um 10 Uhr zur Hilfe alarmiert. Um 10.15 Uhr erfolgte die Abfahrt, die Ankunft auf Anna II um 13.50 Uhr. Die Kolonne wurde sofort eingeseht, um 14.10 Uhr erfolgte die Anfahrt. Die andere auswärtige Kolonne von Friedrich Heinrich wurde erst abends gegen 7 Uhr

eingeseht. Im großen und ganzen waren also mit Gaschutzgeräten ausgerüstete Leute genügend vorhanden, wenn auch ihr Eintreffen nur zögernd vor sich ging. (Fortsetzung folgt.)

HAUS UND LEBEN

Unabhängig und frei.

So muß ich sein. Und ich kann nicht anders. Und ich will so sein. Und was ich erkenne, das will ich auch künden allen. Und was mich bewegt, soll auch alle bewegen, daß alle Welt von einem großen Gedanken getragen wird.

„Wahrhaft unabhängig ist nur, wer eine Notwendigkeit im eignen Wesen trägt“, schrieb der Philosoph Rudolf Eucken. Unabhängig sein, heißt, eine Ueberzeugung haben, von einer Ueberzeugung befreit sein.

Sie muß wühlen in uns, die Ueberzeugung. Sie dürfen wir zufrieden und ruhig sein. Sie muß uns quälen. Sie muß in uns drängen. Und nur, wenn wir in uns erleben, daß da etwas lebt und zittert und will, nur dann fühlen wir uns. Sind wir innerlich da. Notwendig mit unserem Wesen. Hat die Welt eine Kraft des Werdens und Strebens und Kämpfens — vorwärts.

Unabhängig sein, heißt, eine Ueberzeugung verspüren und diese Ueberzeugung bekennen und vertreten aus unwiderstehlichem inneren Drang. Nur wer sich einsetzt für das, von dem er durchdrungen, ist Kraft des Fortschritts und des Aufstiegs.

Erkenne und bekenne und wirb! Sei überzeugter Kämpfer! Und du fühlst in dir die Keime dieser neuen Freiheit. Und du ahnst den heiligen Sinn der neuen Ordnung des Zusammenlebens. Daß in ihr in höchster Unabhängigkeit des freien Wesens sei — der Mensch.

Vorn!

Alles ist da, überwunden zu werden, und immer ist Neuland das Ziel.

Neuland ist die Aufgabe aller Zeiten gewesen. Und alles Vergangene hatte im Vergehen die eine Zielkraft, daß aus ihm das Neue ward.

Nur wer vorwärts blickt, kann die Vergangenheit verstehen. Nur der zukunftsgebende Mensch sieht die Geschichte, wie sie ist. „Nur aus der höchsten Kraft der Gegenwart“, sprach Nietzsche,

Der Blinde und sein Hund.

Die Reise zur Blindenführhundschule.

Den Leser dürften meine Reiseerlebnisse gewiß sehr interessieren, die ich als Blinder zum erstenmal vor mehreren Jahren hatte und die mir in meinem Leben stets in freudiger Erinnerung bleiben. Zur Einschulung für den Umgang mit einem Blindenführhund mußte ich einen Kursus in Oldenburg-Osternburg mitmachen, und zwar in der Zeit vom 12. bis 26. September 1928. Schon drei Wochen vor meiner Abreise nach Oldenburg-Osternburg freute ich mich, denn es war ja das erste Mal, daß ich überhaupt mit einem Führhund in meinem Leben zu tun bekam; und nun sollte ein neues Leben für mich beginnen. Einen neuen Freund sollte ich kennen lernen — einen Vierfüßler. Mein Reisegepäck war in bester Ordnung. Nur auf die Abreise wartete ich. Bald aber war auch der Abreisetag gekommen. Ein herrlicher Septembervormorgen. Die Sonne lachte herrlich. Zwar konnte ich ihre Strahlen nur durch die Wärme wahrnehmen. Die Glocken von den hohen Kirchtürmen läuteten gerade feierlich, denn es war Zeit zum Gottesdienst.

Mein Schwager begleitete mich zum Bahnhof, und trug mein Reisegepäck. Am Bahnhof wurde er abgelöst, ein anderer lieber junger Mann begleitete mich weiter. Die Fahrkarten hatte mein neuer Begleiter schon gelöst. Wir drückten beide dem Schwager noch die Hand und gingen durch die Sperre zum Bahnsteig. Bald lief unser Zug ein. Wir stiegen in ein schwerbeschädigtes Abteil ein. Der Zug setzte sich auch bald in Bewegung. Noch immer vernahm ich das feierliche Geläute der Kirchturmglocken. Bald erreichten wir Dortmund. Hier hieß es: Aussteigen! Wir gingen, da wir noch etwa eine halbe Stunde Zeit hatten, in den Wartesaal. Hier erlebte ich eine freudige Ueberraschung, mit der ich nicht gerechnet hatte. Zwei Leidensgefährten und vier Leidensgefährten waren bereits hier eingetroffen und erwarteten mich.

Ich sollte mit diesen als Siebenter mit nach Oldenburg-Osternburg. Zwei andere, ebenfalls liebevolle Begleiter waren bei den eben genannten Leidensgefährten. Mein Begleiter übergab auch mich deren Obhut und verabschiedete sich, denn seine Reise ging nach einer anderen Station. Bald verließen wir geschlossen den Wartesaal und gingen zum Bahnsteig. Gleich lief auch unser Stütz ein. Der Zugführer sorgte für ein angenehmes Abteil, in dem wir mit unseren zwei Begleitern ungestört saßen.

Drei meiner Leidensgefährten kannte ich bereits von unserm Blindenverein her. Aber bald darauf waren wir alle sieben mit unseren beiden lieben Begleitern ein Herz und eine Seele, wie man so zu sagen pflegt. Unsere Begleiter erklärten uns während der Fahrt die Landschaften und Gegenden, die unser Zug durchfuhr. Auch waren sie uns in allem sehr behilflich. Wir brauchten nur mit dem Finger zu rühren, dann fragten sie gleich nach unseren Wünschen.

Bald erreichten wir Münster. Hier hatten wir einige Minuten Aufenthalt. Dann ging es weiter bis Osnabrück, nach kurzem Aufenthalt nach Bremen. Unsere lange Fahrt von Dortmund bis Bremen wurde durch harmlosen Humor ausgefüllt, so daß wir noch andere Reisende mit ermunterten. Einige begrüßten uns sogar während der Fahrt und kamen in unser Abteil. Sie freuten sich wirklich alle über unseren heiteren Frohsinn. In Bremen mußten wir umsteigen. Reisende waren uns und unsern Begleitern hierbei behilflich. Wir hatten wieder fast eine halbe Stunde Aufenthalt. Dann kam unser Zug und nun ging es durch bis Oldenburg Hauptbahnhof. Es war schon etwas spät geworden und die lange Reise hatte uns doch etwas ermüdet. Aber wir hielten uns alle tapfer und bewahrten immer unsern Humor. Es war gerade halb acht Uhr, als wir in Oldenburg eintrafen. Wir stiegen nun aus und gingen in einen Wartesaal. Schon auf dem Bahnsteig wurden wir von einem „Dressleur“ empfangen. Sehr freundlich begrüßten wir uns gegenseitig. Da unterdessen Regenwetter eingetreten war, mußten wir uns noch einen Augenblick im Wartesaal gedulden. Bald aber ließ auch der Regen nach. Da es zur Zeit in Oldenburg noch keine Straßenbahn gab, wußten wir Großstädter sehr erstaunt waren,

„dürft ihr das Bergangene deuten.“ Nur wer in der vordersten Reihe der Stürmenden steht, versteht.

Steh vorn! Steh im Sturme der Zeit! Steh vorn im Volke des Kampfes! Da fühlst du das Regen der großen Geschichte. Da ringen Jahrhunderte aufwärts zum Licht.

Steh vorn! Steh im Kampfe! Sei von den höchsten Kräften deiner Gegenwart erfüllt! Und du trägst die Zeit. Und du fühlst die Geschichte. Und im Kampfe um das Jahrhundert der Freiheit erfüllt die Zeit ihren Sinn durch dich.

Das ausgelassene Kind.

Man sieht im ausgelassenen Kinde meistens das ungezogene Kind, das sich nicht beherrscht und seinen Trieben freien Lauf läßt. „Sei nicht so ausgelassen!“, so mahnen die Eltern dann. „Nimm dich zusammen!“ „Sei schön artig!“

Dabei ist das Ausgelassensein so nötig für unser Kind, so nötig überhaupt für den Menschen. Wir müssen alle uns hin und wieder einmal ausleben können, so recht froh und frei, so ganz ohne Vernunft und Sinn. Denn nur wenn man mal ein paar ausgelassene, verrückte Tage gehabt hat, kann man einmal wieder eine Zeitlang Mensch sein, wie Goethe sagte.

Im Menschen steckt etwas vom Künstler, der es in seiner Schöpferlust liebt, auch die alltägliche Gleichheit im Kleinen einmal zu überwinden, um er selber zu sein. Dieses öde Gleichmaß, zu dem das Leben uns zwingt, ist gegen das Freie im Menschen. Und wenn das Ausleben natürlich auch innerhalb der ungeschriebenen Regeln des Kulturzusammenlebens bleibt, es ist doch einmal etwas anderes, Freies und Frisches. Etwas vom Herrscher steckt dann in uns. Etwas vom Schöpfer. Etwas von dem Bestimmenden und Stolzen, zu dem wir Menschen berufen sind.

So ist das Unterdrücken des Ausgelassenseins unseres Kindes ein Beschneiden seiner Fittiche, die da schwingen möchten zu Höhen. Menschen, die immer im Alltagsleben nur wühlen, schweben nie über dem Leben, von wo aus allein das Leben ganz und weit bis in die Ferne zu sehen ist.

Im Ausgelassensein erlebt sich im kindlichen Menschen der freie Mensch. Das ausgelassene Kind erlebt etwas vom Tiefsten seines Rechtes, seiner Freude, seiner Freiheit. Und darum hat das Kind die ganze, große Liebe des Vorfahren nötig auch im Ausgelassensein.

Dr. Gustav Hoffmann.

mußten wir unseren Weg zum Blindenheim nach Osternburg auf Schusters Kappen antreten. Zwar konnten wir mit einem Omnibus fahren, aber trotz unserer Müdigkeit wollte das feiner von uns.

Um acht Uhr erreichten wir unser Quartier. Es war, wie eben schon gesagt,

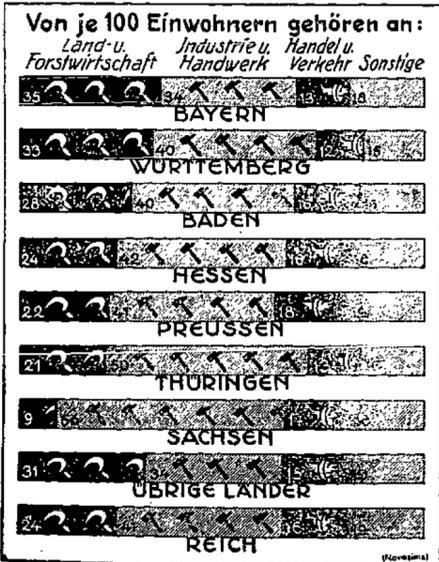
das Blindenheim.

Freundlich wurden wir von der leitenden Schwester sowie dem übrigen Personal empfangen. Wir stellten uns vor und mußten dann unsere Garderobe nebst unserm Gepäck ablegen. Im Gästehaus wurden wir nun durch sämtliche Räume des Heimes geführt. Dann gingen wir mit unseren Führern in einen großen Saal. Hier hörten wir bald freudige Begrüßung. Es waren nämlich aus allen Richtungen Deutschlands Leidensgefährten zum Empfang eines Führhundes hier eingetroffen.

Nicht lange dauerte es, da setzte sich ein Gong in Bewegung. Es gab warmes Abendbrot. Nach dem Essen gingen wir auf unsere Zimmer, kleideten uns um und kamen dann wieder alle im großen Saale zusammen. Einen recht fröhlichen Abend verlebten wir noch, bevor wir zu Bett gingen. Die Schwester, sowie das übrige Personal, kam durch jedes Zimmer und gab jedem die Hand, uns angenehme Nachtruhe wünschend.

Als am Morgen alle wieder froh und munter aufgewacht und in jeder im großen Saal erschienen war, gab es Frühstück. Dann kam ein Hauptmoment. Es hieß plötzlich: die Dresseure

Die Berufsgliederung der deutschen Länder 1925



kommen! Wir stellten uns gegenseitig vor und nun ging es mit ihnen, es war etwa zwanzig Minuten zu laufen, zum Hundezwinger. Bald hörten wir schon von weitem Hundegebell aller Art. Ich bekam es etwas mit der Angst zu tun, was mein Begleiter auch merkte. „Nur keine Angst, mein Lieber“, sagte er zu mir, „die Hunde tun nichts.“ Nun war ich beruhigt. Durch ein kleines Eisentor gelangten wir auf einen Vorplatz. Hier wurden wir von kleinen Vierfüßlerchen der Dresseure mit Freudenheul empfangen. Wir waren insgesamt fünfundzwanzig Blinde und dreizehn Dresseure.

Dann kamen wir in eine sehr große Halle und von dort in das nebenanliegende Zimmer des Herrn Dressurleiters. Hier nahmen wir alle Platz. Dann fand eine fast einstündige Plauderei mit dem Herrn Dressurleiter statt. Grüße aus der Heimat von anderen Leidensgefährten wurden ausgetauscht usw. Dann ging es wieder zurück zum Mittagstisch ins liebe Blindenheim.

Am Nachmittag wurden wir von den Dresseuren wieder zum Zwinger abgeholt und bekamen unsere Hunde angewiesen. Jeder der Dresseure bekam zwei Blinde. Einer von uns hatte eine steife Hand und zwar links. Da nun der Hund links gehen mußte, mußte bei diesem Leidensgefährten der Hund auf rechts gehend eingearbeitet werden, was dem Herrn Dressurleiter auch bald gelang.

Wir wurden von den Dresseuren zum Hindernisgehen mit unseren Hunden eingeladen. Durch einen Busch wurden wir mit unseren Hunden geführt. Jeder Dresseur mit seiner Mannschaft. U. a. passierten wir auch Brücken u. dgl. mehr. In den ersten Tagen erzählte mir ein Leidensgefährte, daß sie von ihrem Hund in ein Café geführt worden sei. Ich erlebte auch folgendes: Nach einer vollendeten Straßenrunde kamen wir wieder zum Blindenheim. Hinter dem Heim ist ein großer Garten. Ein Dresseur sagte zu mir, ich möchte so freundlich sein und an der Leine drei Hunde festhalten, er sei eben abgerufen, was ich auch tat. Bald merkte ich, daß ich keinen Hund an der Leine hatte. Alle drei hatten die Leine durchgebissen und eilten ihrem Herrn nach. Jeden Morgen und Nachmittag hatten wir so zwei Stunden mit unseren Hunden Dienst.

Unsere Abreise stand bevor. Am 24. September hatten wir gemeinschaftlich mit den Dresseuren und dem Personal eine Abschiedsfeier veranstaltet. Am 25. September fand die Hundepriprüfung unter der Aufsicht des Herrn Dressurleiters statt. Alle 25 Hunde zeigten, und wir mit ihnen, unser bestes Können. Am nächsten Morgen fuhren wir dann, jeder mit seinem Hund, nach der Heimat zurück.

Ein Omnibus brachte uns zur Bahn. Der Abschied fiel jedem von uns schwer. Wer weiß, wann wir uns im Leben wieder hören, hieß es. Unser Begleiter, welche uns während des Kursums verlassen mußten, waren alle wieder eingetroffen. Am Bahnhof nahmen wir Abschied und dankten besonders der Blindenheimleitung für die freundliche Aufnahme.

In Bremen stiegen wir um. Eine Anzahl Leidensgefährten mußte hier, da sie eine andere Richtung fuhren, von uns Abschied nehmen. Nur die neun Vierfüßler waren übriggeblieben. In Bremen wurden wir freundlich empfangen und in einen Wartesaal geführt, an der Seite immer unsere Hunde. Hier bot man uns ein Frühstück an, was jeder von uns dankend entgegennahm. Dann ging es der Heimat zu.

In Dortmund empfing mich mein Begleiter, der mich bei der Abreise hier verlassen hatte, und nun ging es nach Bochum.

Wir kamen durch die Sperre und dann in die Straßen der Stadt, wo es meinem vierfüßigen Freunde etwas komisch vorkam, wie mir schien. Oftmals wandte und drehte er sich um, als wollte er sagen, hier bist du aber nicht in Oldenburg-Osternburg. Ganz erstaunt war er, als wir in unserm Hause ankamen. Wie ein Kind hielt er mich, wie man mir sagte, immer im Auge.

Dann verabschiedete sich mein Begleiter und ich hatte nun die Freude, mit meinem Hund allein zu sein. Er hat sich bald an mich gewöhnt, und ich an ihn, somit sind wir beide heute treue Freunde geworden. Behutsam begleitet er mich auf all meinen Wegen. Wir haben eine treue Gemeinschaft geschlossen.

Die Großstadt zeigte meinem vierfüßigen Freund

ein anderes Bild

als Oldenburg-Osternburg. Das merkte ich ganz besonders, als ich den ersten Tag nach meiner Ankunft in Bochum die ersten Gehenpfeife mit ihm durch die Straßen der Stadt machte. Wie ich zu Beginn bereits vermerkte, gab es in Oldenburg keine Straßenbahnen. Als nun mein Vierfüßler merkte, daß es in Bochum Straßenbahnen gibt, staunte er, und blieb, wie man zu sagen pflegt, vor Verwunderung stehen. Nicht dies allein, er schreckte fast zurück, so daß ich im Moment nicht weiter konnte. Dazu kam noch der starke Autoverkehr. Vor allen Dingen schreckte er auch sehr vor Führwerken zurück, was sich aber bald legte.

Nur wenn ein Fuhrmann mit der Peitsche knallt, das kann er noch heute nicht vertragen. Einige Tage später lernte er dann noch andere vierfüßige Freunde kennen. Nun mußte ihm ein neues Licht in seinem Innern aufgegangen sein. Ja, sagte ich zu ihm, mein lieber Freund, du bist nicht der einzige hier, es sind noch mehrere deiner Freunde aus Oldenburg-Osternburg hier in Bochum. Von Tag zu Tag gefiel es ihm, wie ich bald merkte, besser in Bochum. Später wurde ich von einem meiner Leidensgefährten zu einem Ausflug eingeladen. Es war ein herrlicher Sommermorgen. Unser Weg führte uns nach Gelsenkirchen. Dieser sollte hin und zurück zu Fuß bewältigt werden, das waren hin und zurück 5 1/2 Stunden.

Wir kamen mit unseren beiden Vierfüßlern sehr gut in Gelsenkirchen an. Wie wir nach dort gekommen sind, möchte ich kurz erzählen. Wir haben hin und wieder vorübergehende Passanten, die wir hörten, gefragt, ob wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Es kam schon mal vor, daß wir einen anderen Weg einschlugen, aber wir kamen wieder zurecht. In Gelsenkirchen, am Hauptbahnhof, kamen wir beide auseinander. Was nun? werden Sie sich fragen. Es war halb so schlimm. Wir hatten nämlich ein Verständigungssignal. Bald kamen wir dann wieder zusammen. Da wir in Gelsenkirchen etwas zu besorgen hatten, machten wir alsbald auch gemeinschaftlich mit unseren Hunden eine Mittagspause. Besuchten dann noch einige Leidensgefährten, welche über unseren Ausflug sehr erstaunt waren und machten uns wieder auf den Heimweg. Dies war der erste größere Fußmarsch, den ich nach meiner Reise von Oldenburg machte.

Sehr viel Freude erlebt man wirklich mit dem Hunde. Ein lieber Freund sagte mal zu mir, ein Hund sei treuer als ein Mensch. Es klingt zwar seltsam, aber es ist wahr. Er ist schweigsam und verrät nichts. Und somit ist er uns Blinden auch ein wahrer Freund. Die Freundschaft und Treue kann niemand uns nehmen. Gleichzeitig ist er Führer und auch ein Liebling des Publikums geworden. Oft bleiben Passanten bewundernd stehen und fragen uns Blinde dies und jenes über den treuen Begleiter. Gern geben wir ihnen dann hierüber Auskunft. Darum ist und bleibt der Vierfüßler unser wahrer, lieber, treuer Freund und Begleiter in und außer dem Hause.

Friedrich Paga, Bochum (blind).

17. Woche Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 19. bis 25. April 1931

Die nächsten zehn Jahre und wir.

Ein Aufsatz des Instituts für Konjunkturforschung über die „langen Wellen der Wirtschaft“, erregte in der Öffentlichkeit starkes Interesse. Nach diesem Aufsatz sind den seit März bekannten sieben- bis neunjährigen Konjunkturperioden 40 bis 50 Jahre dauernde Wirtschaftswellen überlagert, die, wie jede Konjunkturperiode, die Tendenz des Auf- und Abstieges aufzeigen. Wir befinden uns danach gegenwärtig in dem absteigenden Teil einer solchen „langen Wirtschaftswelle“, deren Höhepunkt im Jahre 1920 überschritten wurde und deren Tiefpunkt voraussichtlich erst in den 40er Jahren erreicht wird. Die Tendenz dieser langen Wellen wird sich also wellenförmig in einer ununterbrochenen Abwärtsbewegung der Preisstufe sichtbar machen. Diese Auf-fassung besagt aber nicht, daß die gegenwärtige schlechte Konjunktur bis zu diesem Zeitpunkt andauern wird. Nach Überwindung der gegenwärtigen Depression werden die Preise wieder steigen. Sie werden aber nicht mehr die gleiche Höhe erreichen wie in der vorausgegangenen Konjunktur und in dem darauffolgenden Niedergang auf einen noch tieferen Stand sinken wie gegenwärtig.

Um aber keinen trügerischen Optimismus groß werden zu lassen, sei hinzugefügt, daß diesem den Verhältnissen innewohnenden Grundzug nach Senkung des Preisniveaus mit starken politischen Mitteln nachgeholfen werden muß, wenn nicht die ungezügelt entwickelte im Kindesalter schon wieder durch die kapitalistische Monopolpolitik abgewürgt werden soll. Welche Bedeutung hat nun diese Wirtschaftsprognose des Konjunkturinstituts für die Arbeiterschaft?

Die lohnpolitische Frage.

Die Arbeiterschaft kann von dieser Entwicklung unter bestimmten Voraussetzungen nur gewinnen. Sinkende Preise bedeuten, rein theoretisch betrachtet, eine Erhöhung des Geldwertes und damit auch eine Steigerung der Kaufkraft des Lohnes. Dabei kommt es in der Hauptsache gar nicht auf die nominelle Lohnhöhe an, sondern in erster Linie auf den Reallohn. Maßgebend für die Kaufkraft bleibt immer, daß die Preise verhältnismäßig stärker sinken als der Lohn. Die erste große Lohnabbauwelle hat aber, soweit heute festgestellt ist, zu einer tatsächlichen Schwächung des Reallohnes, trotz Preisentwertung, geführt. Die weitere Anwendung der Stegerwaldschen Methode: mit Staatshilfe die Löhne drücken, die Preisfestsetzung aber der kapitalistischen Monopolherrschaft überlassen, muß auf den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften und politischen Parteien stoßen. Die Arbeiterschaft hat sich darüber hinaus klar zu sein, daß die Steigerung des Reallohns kein Abfallprodukt einer vom Institut für Konjunkturforschung aufgezeigten wirtschaftlichen Entwicklung ist. Die Kaufkraft des Lohnes ist heute mehr denn je zu einem politischen Problem geworden.

Das kommende Jahrzehnt wird deshalb im Zeichen des Kampfes stehen, der um Pfennige billiger werdende Warenpreise geht. Der Anteil der Arbeiterschaft an der Preisentwertung der nächsten Zeitspanne wird um so größer sein, je stärker die Gewerkschaften im Machtkampf der Klassen das Interesse der Lohnempfänger wahrnehmen können.

Die Sozialversicherung.

Gelingt es, die Kaufkraft des Geldes durch die allgemeine Preisentwertung zu heben, wird auch der Rentenempfänger profitieren. Der Invalidenrentenbezieher wird mit seiner Rente eine größere Warenmenge kaufen können als ehemals. Die Frage taucht dabei auf: Sollen die Renten, prozentual gemessen, an den sinkenden Preisen abgebaut werden oder besteht die Möglichkeit, auch den realen Wert der Renten zu heben? Bei fallenden Nominallöhnen werden ganz natürlich auch die Einnahmen der Sozialversicherungsträger zurückgehen. Dafür müssen aber auf der anderen Seite die Aufwendungen für Verwaltung, Arztgehonorar, Medikamente, Heil- und Pflegekosten verringert werden. Es wäre schlimm um den sozialen Gedanken in Deutschland bestellt, wenn im Zeichen des Größerwerdens des Geldwertes, also in einer Periode des Reicherwerdens des Volkes, die Ärmsten und Bedürftigsten mit einer weiteren Senkung ihres Lebensstandards bedacht würden. Der neue Kurs der Regierung und Unternehmer will auch die Rentner zur Sanierung der Mark heranziehen. Die Pläne der Unternehmer auf eine Verschlechterung der Unfallversicherung sind der Regierung seit Monaten bekannt. Gelingt es den reaktionären Kräften in den vorläufig noch festgelegten Bau der Sozialversicherung erst einmal Breche zu legen, dann ist das Ende nicht abzusehen.

Fest steht heute, daß die nächste Zeitspanne auch in der gesamten Sozialversicherung die Arbeiterschaft vor harte Kämpfe um die Erhaltung ihrer Versicherungen drängen wird. Die Auseinandersetzungen sind auch auf diesem Gebiete ein Stück des Kampfes der Arbeiterklasse um den Anteil der vergrößerten Mark. Der Ausgang der Kämpfe wird hier wie in der Lohnfrage abhängig sein von der Macht und Geschlossenheit der gesamten arbeitenden Klasse.

Die Arbeitsmarktforderung.

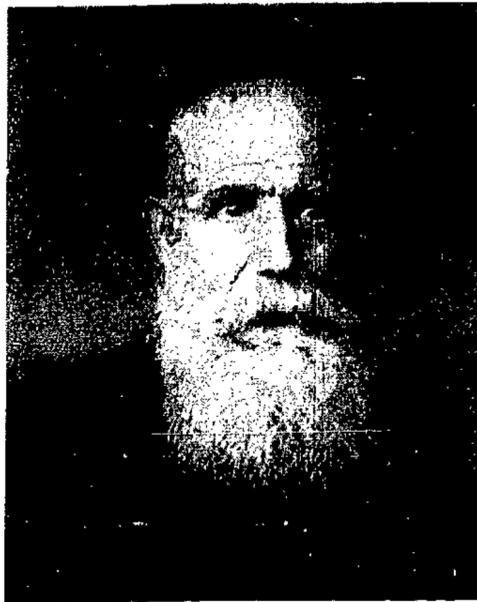
Es ist kein Wunder, daß der Großhandel nach Veröffentlichung des Aufsatzes über die „langen Wellen der Wirtschaft“ besonders feindselig wurde. Profite bilden sich bekanntlich in der Verteilung der Produkte, also im Handel. Haben die Preise in den nächsten zehn Jahren die Tendenz zu fallen, dann spielt sich dieser Vorgang zunächst in der Profitkategorie des Handels ab und erfordert ganz andere Kalkulationen wie in Perioden mit preissteigernden Tendenzen. Die Spekulationskäufe, getätigt in der Hoffnung auf später steigende Preise, werden geringer werden. Die großen Warenlager, die Umschwenken von Kreditzinsen verschlingen und in hohen Preisen vom Konsumenten aufgebracht werden, müssen nunmehr verschwinden. Der Warenumlauf wird sich beschleunigen und so zu einer Verringerung der Handelskosten führen. Jede Absatzstörung muß sich nun aber auch automatisch auf die Produktion auswirken. Die größte Unsicherheit der Existenz der Lohn- und Gehaltsempfänger wird deshalb den nächsten zehn Jahren das Gepräge verleihen. Jeder große Auftrag wird zur plötzlichen Einstellung, jede geringe Störung zu Entlassungen von Arbeitern führen. Die ins Riesenhafte gesteigerte Produktionskapazität wird spielend leicht auf-

den größten Auftrag bewältigen können. Ueber diesen Auftrag hinaus erhebliche Warenmengen lagern zu lassen, wäre vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft aus betrachtet Unsinn, bei einer Verringerung der Dividende bezahlt werden müßte.

Und wir?

Unsere Forderungen sind: produktive Erwerbslofenfürsorge, Verlängerung der Schulpflicht und Sechstundentag für den Bergbau. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht an der Frage nach dem Lohnausgleich scheitern. Nach alten gewerkschaftlichen Grundsätzen kommt zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit in Betracht. Die Frage des Lohnausgleichs bleibt das Kampftziel der Gewerkschaften der nächsten Jahre. Es scheint sich im übrigen keine günstigere Gelegenheit zu bieten an der „Vergrößerung der Markt“ zu profitieren, als durch eine Verkürzung der Schichtzeit.

Eine andere wichtige Frage bleibt noch offen. Sollen die Höchstätze der Erwerbslofenversicherung nach den Wünschen der



Ein Alter mahnt.

Die Unterminierungsarbeit der kommunistischen Partei ist ein großes Verbrechen an der Arbeiterschaft. Was in jahrzehntelanger Arbeit unter unfählichen Opfern von uns aufgebaut wurde, versuchen verantwortungslose Elemente niederzureißen.

Jungarbeiter, erkenne deine Pflicht, reiße den Heuchlern die Maske vom Gesicht und kämpfe mit uns Allen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Friedrich Goldschmidt (Glabbeck).

Unternehmer den durch die Arbeitszeitverkürzung verringerten Löhnen angepaßt resp. herabgesetzt werden? Der Lohnausfall durch die Vierzigstundenswoche kann von der Arbeiterschaft nur vorübergehend in Kauf genommen werden. Je höher der Satz der Erwerbslofenunterstützung ist, um so eher muß der Lohnausgleich geschaffen werden. Die Löhne können praktisch nicht unter den Sätzen der Erwerbslofenunterstützung liegen. Die nächsten Jahre werden deshalb auch Kämpfe um die Erhaltung der Erwerbslofenversicherung von bisher nie gekannter Heftigkeit bringen. Auch hier hängt alles von der Kampfkraft der Gewerkschaften ab. An den Arbeitern liegt es, diese zu stärken und zu festigen.

Unter der Voraussetzung, daß sich die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf eine Vergrößerung der Kaufkraft der Markt praktisch in der angenommenen Form vollziehen wird, sind in bezug auf den Organisationsapparat der Arbeiterschaft noch einige Schlüsse zu ziehen. Die Zukunft wird an die Finanzkraft des Verbandes Ansprüche in einem bisher nie gekannten Umfang stellen. Die Kampfkraft darf aber durch eine Schwächung der Finanzkraft nicht gelähmt werden. Es darf uns nicht wieder so gehen wie nach der Inflation. Gewiß wird auch unser Vermögen mit dem steigenden Geldwert größer werden. Bis dahin dürfen aber die Rezerden des Verbandes nicht im Strudel der Krise vernichtet werden. Deshalb muß die Einführung der Sparunterstützung in diesem Moment abgelehnt werden. Aber auch unsere Unterstützungseinrichtungen, zum mindesten soweit der § 30 in Frage kommt, müßten sich den veränderten Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkte anpassen. Es wird in Zukunft weniger auf lange Unterstützungszeiten ankommen als auf öftere Bezugsmöglichkeiten. Das Risiko der zeitweisen oft wiederkehrenden Arbeitslosigkeit in flauen Zeiten wird größer werden als je. Dieser neuen Situation haben wir uns anzupassen.

Die Behauptung und Ausweitung des Lebensstandards der Arbeiter, Erwerbslosen und Invaliden wird auch mehr wie früher eine Frage der politischen Macht werden. Das Kampftzentrum wird weniger auf wirtschaftlichem als auf politischem Gebiete liegen. Ueber die Lohn- und Preishöhe wird in der Politik entschieden. Die politischen Parteien und Wahlen gewinnen damit für den Gewerkschaftler eine erhöhte Bedeutung.

Wiel ist für die gesamte Bewegung gewonnen, wenn wir in der Lage sind, uns auch geistig auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Wir haben allen klarzumachen, daß der Erfolg unseres Kampfes in Zukunft weniger im Angriff als in der erfolgreichen Abwehr liegen wird. Wenn wir in der Lage sind, diese Konsequenzen aus der Wirtschaftsprognose des Konjunkturinstituts für die nächsten zehn Jahre zu ziehen, dann werden wir mit Recht den Platz ausfüllen, den uns die Geschichte zugewiesen hat.

O. Denkert (Waldenburg).

Die Kohlenlage 1930.

II.

Die Weltkohlenlage

zeigt ebenfalls ein gegen die Vorjahre wesentlich verändertes Bild.

Die Steinkohlegewinnung der Welt,

die sich nach den bisher überschaubaren Zahlen für das Berichtsjahr auf etwa 1207 Mill. mt beläuft, bleibt damit um rund 115 Mill. mt hinter der des Vorjahres zurück und ist auch noch etwas unter die Weltförderung des letzten Vorkriegsjahres, in dem sie rund 1216 Mill. mt betrug, gesunken. Es zeigt sich hier ein außerordentlicher Parallelismus mit dem Schicksal des deutschen Steinkohlenbergbaus, den das Jahr 1930 auch auf ungefähr den Gewinnungsstand des Jahres 1913 zurückgeworfen hat. Von der Mindermenge der Weltförderung entfällt der Hauptteil mit rund 72 Mill. mt auf Amerika, während Europa reichlich 32 Mill. mt, die übrigen Erdteile dagegen verhältnismäßig wenig verloren haben.

Australien litt noch unter den Folgen des mehr als einjährigen Ausstandes. In Asien erreichte Britisch-Indien eine Förderung von 24 Mill. To., fast soviel wie Belgien.

Die Vereinigten Staaten litten unter der Wirtschaftslage. Die Stahlwerke arbeiteten nur mit 56 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Die Weltkohle blieb mit 418,8 Mill. To. um 13,7 Prozent gegen 1929 und um fast 4 Prozent gegen 1913 zurück. Anthrazitkohlen wurden 63,3 Mill. To. gefördert, 5,5 Prozent weniger als 1929. Kanadas Förderung ging erheblich zurück. 1929 war Amerika an der Weltsteinkohlenproduktion mit 42,8 Prozent beteiligt, 1930 noch mit 40,8 Prozent.

Frankreich konnte 1930 seine Steinkohlenförderung (54 Mill. To.) und Koksproduktion noch steigern. Seine Einfuhr an Kohle und Briketts stieg noch um 1 Mill. To. Die Kokeinfuhr sank um 900 000 To. Der Kohlenverbrauch Frankreichs war 1930 mit 94,8 Mill. To. noch um 1 Mill. To. höher als 1929, ein Beweis für die noch günstige Wirtschaftslage.

Holland förderte 12,2 Mill. To., 600 000 To. mehr als 1929, also sechseinhalbmal soviel wie 1913.

Rußland förderte 1930 44,5 Mill. To., 9 Mill. mehr als 1929. Die Ansprüche der Regierung wurden nicht erfüllt. Die Anwerbung fremder Arbeiter erwies sich meist als Fehlschlag. Trotz eigener Kohlennot trat Rußland aus Deswegen vielfach mit Schleuderpreisen im internationalen Kohlenhandel auf.

Belgien hatte Ende 1930 2,5 Mill. To., Ende Februar 1931 3 Mill. To. auf Halben. Die Förderung wurde um 0,5 Mill. To. gegen 1929 auf 27,5 Mill. To. gesteigert. Die Koksproduktion ging um 700 000 To. zurück.

Die Tschechoslowakei hatte einen Rückgang von 13 bis 14 Prozent in der Braunkohle und sank damit unter den Stand von 1929 und 1913.

Das Ende 1930 abgelaufene Kohlenaustauschabkommen mit Deutschland ist unlängst, nach Überwindung reichlicher Schwierigkeiten, für die nächsten zwei Jahre erneuert worden. Es ist dabei gelungen, für Deutschland die von ihm angestrebte Festlegung einer bestimmten monatlichen Ausfuhrmenge an Stelle der bisher schwankenden, von der Höhe der böhmischen Einfuhr abhängigen, durchzusetzen, ein im Interesse der deutschen Kohle-Exporteure wertvoller Fortschritt. Als deutsches Ausfuhrkontingent sind für das erste Jahr monatlich 115 000 To., für das zweite Jahr 120 000 To. vorgesehen.

Polens Förderung betrug in 1930 rund 37,5 Mill. To. gegen 46,2 Mill. To. im Vorjahr, also rund 18,8 Prozent weniger. Für Ost-Oberschlesien allein, das reichlich 28 Mill. To. geliefert hat, stellt sich der Produktionsrückgang auf rund 17,6 Prozent, für Alt-Polen auf rund 22,3 Prozent. Das ostoberschlesische Revier ist damit um rund 13 Prozent unter seine Förderung im letzten Vorkriegsjahr gesunken. Zur Vermeidung übermäßiger Halbenbestände mußte es seine Belegkraft im Laufe des Jahres 1930 um rund 13 000 Mann, das ist um beinahe 14 Prozent abbauen. Bei dem scharfen Rückgang des inländischen Absatzes, zu dessen Bekämpfung kürzlich stark gestaffelte Mengenrabatte eingeführt worden sind, hat sich die polnische Kohle mit vermehrter Wucht auf den Auslandsmarkt geworfen; ihre Ausfuhr machte in 1930 42,7 Prozent des Gesamtabsatzes durch Verkauf aus gegen 38,11 Prozent in 1929, 40,35 Prozent in 1928 und 38,7 Prozent in 1927. Namentlich im Freilandgebiet, auf den skandinavischen Märkten trat sie dank ihrer niedrigen Produktionskosten und der starken Frachtvergünstigungen der polnischen Staatsbahn nach den Feststellungen, welche die englische sogenannte Schinwell-Kommission bei ihrer vorjährigen Reise in Skandinavien getroffen hat, mit niedrigen Preisen auf, die regelmäßig um 2 bis 3 sh, gelegentlich aber auch um 4 bis 5 sh niedriger lagen als die für die entsprechenden englischen Kohlen. Während der Durchschnittspreis je Tonne ostoberschlesischer Kohle (ob Gdingen oder Danzig) Ende 1929 auf etwa 17 bis 18 sh stand, ist er im Laufe des Jahres 1930 bis auf 10 bis 11 sh herabgesunken und hat damit den Eruben nur noch einen Erlös von etwa 10 Floth je Tonne gelassen, ein Ergebnis, das natürlich für sie einen ausgedehnten Verlust bedeutet.

Großbritanniens Förderung erreicht für das ganze Jahr eine Menge von rund 250,5 Mill. mt, das sind 11,5 Mill. mt oder 4,4 Proz. weniger als 1929. Die Gewinnung des letzten Vorkriegsjahres bleibt um rund 41,5 Mill. mt, das ist um reichlich 14 Prozent, unterschritten. Der Rückgang der Förderung seit Beginn des 2. Vierteljahres 1930 ließ die Belegkraftstärke von durchschnittlich rund 956 000 Mann im 1. Quartal auf durchschnittlich 885 000 Köpfe im 4. Vierteljahr 1930 heruntergehen, und machte nebenher noch eine sehr große Zahl von Feierlichkeiten notwendig. Ende Dezember 1930 wurden im großbritannischen Kohlenbergbau etwa 169 000 Arbeitslose und 42 000 Kurzarbeiter gezählt. Besonders Süd-Wales und Durham leiden unter diesem Zustand. Der Förderanteil je Mann und Schicht ist gegen den Durchschnitt des Vorjahres wenig geändert, er betrug im 3. Quartal rund 1084 kg.

Die Ausfuhr war mit 76 Mill. To. nur wenig höher als 1929. Der Durchschnittspreis für 1 q. Tonne ist von 17 sh 2 d im Januar und Februar 1930 bis auf 15 sh 8 d im Januar 1931 gefallen. Da weiter auch die Inlandspreise infolge der gedrückten Marktlage im weiteren Verlauf des Jahres empfindlich herabgesunken, andererseits die Selbstkosten der englischen Kohlenindustrie etwas gestiegen sind, hat sich deren Gewinn, den die bekannten Veröffentlichungen für das letzte Vierteljahr 1929 und für das 1. Quartal 1930 mit 11,29 d bzw. 1 sh 1,37 d je Tonne auswiesen, in den beiden folgenden Vierteljahren 1930 wieder in einen Verlust von 1,94 d bzw. 2,40 d umgewandelt, und das noch nicht abgeschlossene 4. Vierteljahr wird aller Voraussicht nach kein besseres Ergebnis bringen.

Aus alledem erhellt, daß die Erwartung, die man in Großbritannien an die Wirkung der nach abwärts gerichteten Kämpfe im Unter- und Oberhaus im Juli v. J. endlich verabschiedeten Coal Mines Bill für eine Besserung der Lage in der heimischen Kohlenwirtschaft geknüpft hatte, bisher jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen sind. Freilich ist der in dem Gesetz vorgesehene

reichlich schematische Aufbau für einen einheitlicheren Zusammen- schluß des Kohlenbergbaues erst in den letzten Monaten des Jahres 1930 in Gang gekommen. Das sogenannte Dachkartell (Central Council), das das gesamte Land umfaßt, hat als erste Amtshandlung nach Entgegennahme der Vorschläge der Distrikts- kartelle deren Förderquote für das 1. Vierteljahr 1931 festge- setzt, wobei im allgemeinen als Richtlinie eine Ermäßigung der damals noch recht hoch gewesenen Förderung des 1. Quartals 1930 um 10 bis 12 Prozent befolgt wurde. Diese Regelung und die auf ihr beruhende Unterverteilung der Quoten auch in den verschiedenen Sorten auf die einzelnen Werke der Distrikte hat mehrfach, z. B. bei dem großen Midland-Kartell, bei ein- zelnen Unternehmern, darunter besonders auch gemischten Wer- ken in unserem deutschen Sinne und bei den Belegschaften anderer Reviers sowie auch in Verbrauchszirken Beschwerden hervor- gerufen, weil die starre, unnachgiebige Behandlung der Quoten- frage den wechselnden Bedürfnissen der Marktlage nicht aus- reichend gerecht würde und an sich nicht gebotene Betriebsein- schränkungen mit Arbeiterentlassungen nach sich zöge. Letzthin soll sogar eine Gesellschaft in Grimsby eine Ladung von 3000 T. polnischer Kohle bezogen haben, weil für den Küstenverkehr die angeforderte englische Kohle nicht zu erhalten war. Die zentrale Produktionsregulierung bewirkt also mindestens in der Uebergangszeit Unzutraglichkeiten, die übrigens nach unseren deutschen Syndikaterfahrungen nicht weiter überraschend er- scheinen.

Die Satzungen der 17 einzelnen Distriktskartelle sind bis auf diejenige des Schottlandbezirks aus der freien Entschlie- ßung der Beteiligten hervorgegangen und vom Board of Trade ge- nehmigt worden. Sie ähneln sich untereinander bis auf die- jenige für den Midlandbezirk und schließen sich, abgesehen von Einzelheiten, grundsätzlich der Regelung an, die sich schon vor Erlaß der Bill für den Walliser Bezirk herausgebildet hatte. Für den schottischen Kohlenbergbau, der auf einem versteckten Umwege die schließlich von der Bill ausdrücklich verbotene Um- lage zur Förderung der Ausfuhr in seiner Satzung hatte vor- sehen wollen und deswegen deren Genehmigung nicht erreichte, hat der Board of Trade eine Art Zwangsaktung erlassen. Be- sonders ausgebildet ist die Kartellsatzung des Midlandbezirks, der jetzt übrigens im Gegensatz zu früher nicht mehr auch die benachbarten Gruben des Lancashire- und Cheshirebezirks um- faßt. Letztere haben, der Tendenz im zweiten Abschnitt der Coal Mines Bill folgend, sich im Wege einer richtigen Fusion zu einer vollen Einheit, die eine Förderung von jährlich 15 bis 20 Mill. Tonnen beherrscht, zusammengeschlossen. Das Distriktschema des Midlandbezirks, der in den Gruben von Yorkshire, Derby- shire, Nottinghamshire und Leicestershire eine Förderung von jährlich etwa 80 Mill. T. umfaßt, sieht eine Teilung des Reviers in fünf örtliche Sektionen vor, deren jede mit vier Ausschüssen, dem Standard Tonnage-Committee, dem Quota-Committee, dem Export-Committee und dem Sectional Sale-Committee ausge- stattet ist. Schließlich ist für den ganzen Distrikt ein Central Sale-Committee bestellt, das die Arbeiten der Sectional Sale- Committees miteinander in Uebereinstimmung bringt, die Klassi- fikation der in den Sektionen geförderten Kohle nach den Vor- schlägen der Sale-Committees und ebenso die Mindestpreise und die Verkaufsbedingungen sowie die Strafen bei Unterschreiten des Mindestpreises bestimmen soll. Alles in allem ein ziemlich komplizierter Apparat, auf dessen Funktionen man recht ge- spannt sein kann. Von den Aufgaben der genannten Committees interessieren besonders diejenigen der Export-Committees: sie sind berufen, mit britischen Kohlenexporteuren und sonstigen Ausfuhrinteressenten auch anderer britischer Distrikte Ausfuhr-

fragen zu behandeln und überhaupt alles zu tun, was der Aus- fuhr dienlich sein könnte. Daneben sollen sie auch mit Vertre- tern des ausländischen Kohlenbergbaues und fremden Kohlen- importeuren über alle Gegenstände gegenseitigen Interesses, die den Verkauf und die Lieferung von Kohle angehen, konferieren. Hier findet sich also ein ausdrücklicher Hinweis auf internatio- nale Verhandlungen. Dabei ist aber hervorzuheben, daß auch das Midlandkartell ebenso wie die übrigen britischen Kartelle nicht als Verkaufssyndikate im deutschen Sinne anzusprechen sind, eine Feststellung, die natürlich nicht gerade geeignet ist, den Abschlüssen wirklicher zwischenstaatlicher Bindungen zu er- leichtern.

Recht kritisch wird neben der oben behandelten Quotenfrage Pressenachrichten zufolge von einzelnen Kohlenbezirken auch die in der Bill vorgesehene Mindestpreisregelung beurteilt. Es gewinnt den Anschein, als ob die für die einzelnen Distrikte fest- gesetzten Mindestpreise nicht genügend aufeinander abgestimmt seien und als ob ferner auch einzelne Bezirke die Preisbindung nicht streng genug beobachteten. Daraus ergeben sich natürlich für die Nachbarbezirke übel empfundene Unzutraglichkeiten im Wettbewerb.

Große Unsicherheit und Schwierigkeiten hat schließlich die im dritten Abschnitt der Coal Mines Bill für den 1. Dez. 1930 vorgesehene allgemeine Einführung der 71-stündigen englischen Arbeitszeit unter Tage hervorgerufen. Abgesehen von den Werken in den Midlands und in Kent, wo die 71-stündige Ar- beitszeit bereits seit 1926 besteht, verlangten die Unternehmer, und zwar namentlich im Walliser Bezirk, angesichts ihrer be- drängten Selbstkostenlage nachdrücklich bei der Einführung der Arbeitszeitverkürzung auch eine Herabsetzung des Lohnes oder mindestens eine geeignete Anwendung des sogenannten „spread- over“, einer Einrichtung, die nach langem Kampfe schließlich in der Bill Aufnahme gefunden hatte und die Möglichkeit bietet, den starren 71-stündigen Arbeitstag durch eine 80-stündige, auf den Zeitraum von zwei Wochen verteilbare Arbeitszeit zu er- setzen. Beide Zumutungen sind von den Gewerkschaften zunächst abgelehnt worden, schließlich kam es aber, nachdem in Schottland und in Südwales über diese Streitfrage sogar mehrwöchige Aus- stände ausgebrochen waren, zu meist vorläufigen Regelungen der verschiedensten Art. Für Südwales wurde nach Austragung erbitterter Gegenstände eine Einigung für drei Jahre (bis zum 31. Januar 1934) erreicht, bei der die Arbeiter zwar die An- erkennung der regelmäßigen 71-stündigen Arbeitszeit durch- gesetzt, aber sich andererseits im Notfall der verbindlichen Regelung der Lohnfrage durch einen unabhängigen Richter unterworfen haben. Nachdem dessen kürzlicher Schiedsspruch eine fühlbare Lohnminderung bekanntgegeben hat, ist neue Unruhe in das Revier eingezogen, stellenweise ist es schon wieder zum Ausstand gekommen, und es ist nicht abzusehen, ob nicht trotz der Bin- dung der Arbeiter durch das geschlossene Abkommen noch größere Weiterungen eintreten werden. Daß durch alle diese Erfahrungen und Vorgänge die Lage der englischen Kohlen- industrie, die daneben auch noch durch die große Arbeitsunter- brechung in der britischen Baumwollindustrie fühlbar in Mit- leidenschaft gezogen war, arg erschwert wird, liegt auf der Hand. Soweit in den übrigen Kohlenrevieren die Frage der Arbeits- zeit streitig geworden war, ist die Regelung zum Teil unter Benutzung des „spread-over“ recht verschieden ausgefallen, so daß das Bild, das zur Zeit die Schichtdauerregelung im britischen Kohlenbergbau bietet, eine große Buntheit aufweist. Ob, wann und wie es gelingt, durch internationale Ver- einbarungen Ordnung in die Kohlenwirtschaft zu bringen, ist heute noch gar nicht abzusehen.

verdeckt werden sollte. Oder aber sollten die Leiter des Orts- komitees zur Massenföhrung unfähig gewesen sein?

Das ist also die Organisation, die die Einheitsfront inner- halb der Bergarbeiterchaft bilden sollte. Was geht diesen Leu- ten die Einheitsfront an? Was brauchen sie sich weiter um die Not der Bergarbeiterchaft zu kümmern? Es genügt, wenn sie durch die Schaffung derartiger Organisationen für sich eine Einheit in der Gleichheit mitgeschaffen haben. Ob dadurch die Ar- beiterchaft Schaden erleidet und das Heer der Indifferenzen ver- größert wird, das ist vollkommen gleichgültig.

Albert Funt & Co. haben der Bergarbeiterchaft verkün- det, daß sie sie aus Not und Elend herausführen würden. Die Bergarbeiterchaft erwartet deshalb etwas anderes, als nur die Schaffung von Bonzen- und Bönzchenstellen. Sie wird eines Tages Rechenschaft verlangen. Vorerst ist es notwendig, daß unsere Kameraden über die Zustände in der RGD, und dem „Einheits“verband diskutieren. Gebt diese Nummer der Zeitung allen denen, die Mitglied des „Einheits“verbandes sind oder aber mit diesem sympathisieren.

Gewissenlosigkeit im Bergwerksbetrieb vor Gericht.
Der „ahnungslose“ Betriebsführer.

Am 15. Sept. 1930 wurde auf der Zeche Graf Schwerin III verbotswidrig mit Zeitzündern in der Kohle geschossen. Unsere Geschäftsstelle in Castrop, die durch Belegschaftsmitglieder davon erfuh, erstattete Anzeige beim Obergericht. Die Untersuchung ergab, daß der Betriebsführer Schürmann das Schießen mit Zeitzündern in der Kohle angeordnet hat. Der Schießmeister Vireubel hat diese Anordnung ausgeführt und den Schieß- meistern Zeitzündler ausgehändigt.

Am 9. April standen nun die beiden vor dem Schöffengericht in Castrop-Rauel. Neben ihnen waren auch noch fünf Schieß- meister angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte gegen die bei- den Beamten wegen Verstoßes gegen die Bergpolizeiverordnung und das Sprengstoffgesetz je drei Monate Gefängnis, für die fünf Schießmeister je 50 M. Geldstrafe. Das Gericht ließ nur Vergehen gegen die Bergpolizeiverordnung gelten und bestrafte die beiden Beamten zu je 30 M., die fünf Schießmeister zu je 10 M. Geldstrafe.

Beimerkenswert war das Verhalten des Betriebsführers vor Gericht. Er tat sehr naiv und sagte, daß er sich nicht nur keiner Schuld bewußt sei, sondern er im Gegenteil mit seiner Anord- nung die Sicherheit erhöhen wollte. Auch meinte er, daß zwar das Schießen mit Zeitzündungen gemäß § 224 in der Kohle verboten sei, nicht aber die Anwendung von Zeitzündern, wenn die Schüsse einzeln abgeschossen werden. Als Verteidiger haben sich die Beamten den Rechtsanwalt Hoch- strate aus Hamm, Sohn des dortigen Generaldirektors, ver- schrieben. Es ist dieses ein junger Mann, der das geistige Niveau dieser „gebildeten“ Klasse verkörpert, geistlose Schnob- drigkeit nämlich. Angeblich wollte er selbst etwas vom Bergbau verstehen, wahrscheinlich deshalb, weil er der Sohn eines Berg- werksdirektors ist. In der Verhandlung mußte er sich aber erst belehren lassen, was Zeitzündungen überhaupt seien. Der Gut- achter, Bergrat Langer vom Bergrevier Linen, klärte das Gericht in einwandfreier Weise auf.

Darob große Enttäuschung des Verteidigers. Seine Art und Weise ist schon aus dem bekannten de-Wendel-Prozess am 8. und 9. August 1930 vor dem Schöffengericht in Hamm bekannt. Er übertraf hier aber seine Leistungen mit noch größerer Anpöbe- lung des Sachverständigen sowie des Staatsanwaltes. Der Staatsanwalt ließe sich von einer „Pressespychose“ leiten. Er verfallte deshalb in den Ton eines Volksredners, bemüht, mit seinen Ausführungen dem Publikum zu gefallen. Es sei eines Gerichts unwürdig, unbefohlene, pflichttreue Beamte vor die Schranken des Gerichts zu ziehen. Leichter sei es, Spitzbuben und Diebe zu verteidigen, als solche Beamten. Den Gutachter nannte der junge Mann einen staatsanwaltsfremden Bergkat, der überhaupt erst durch Auslegung der Bergpolizeiverordnung die Aufrechterhaltung der Anklage ermöglicht habe. Zu Ehren des Obergerichtspräsidenten habe er einen großen Jagdeifer entfaltet.

So weit der Verhandlungsbericht. Die Naivität des Be- triebführers verdient aber noch einige Beachtung. Schon seit langer Zeit ist nämlich das Schießen mit Zündschnur in der Kohle verboten, und zwar wegen Explosionsgefahr. Zeitzündler sind mit Zündschnur versehen. Deshalb auch das Verbot der Zeitzündung, welches im § 224 Abs. 2 enthalten ist: „Die An- wendung von Zeitzündungen in der Kohle, beim Nachschießen des Nebengesteins und bei Durchörterung von Störungen ist verboten.“

In der Dienstanweisung für Schießberechtigte heißt es weiter, daß „Zeitzündungen einschließlich solcher mit kurzer Schußfolge in der Kohle beim Nachschießen des Nebengesteins usw. nicht benutzt werden dürfen.“ Der Betriebsführer wollte nun mit dem Gebrauch von Zeitzündern die Explosionsgefahr (gegen Schlagwetter und Kohlenstaub) erhöhen. Eine gewissen- hafte Bergbehörde wird sich den Mann näher ansehen müssen, denn wenn er fähig ist, die Bergpolizeiverordnung so auszulegen, dann weiß der Teufel, zu welchem Bödsinn er sonst noch fähig ist!

Bezirk Zwidau.

Konferenz der Geschäftsstelle Blauencher Grund.

Am 29. März tagte in Freital die Jahreskonferenz der Ge- schäftsstelle Blauencher Grund. Den Jahresbericht erstattete der Kamerad Max Weber. Für den Blauencher Grund war das Jahr 1930 ein besonders schweres Jahr. Das über hundert Jahre bestehende Freiherrlich-von-Burker Steinbrüchlerwerk wurde gerade vor Jahresfrist, am 29. März 1929, stillgelegt. Zulezt waren noch etwa 800 Mann beschäftigt, in der Blüte- zeit doppelt soviel. Die Verhältnisse liegen aber hier für die Arbeiter insofern ungünstiger, als für sie eine weitere Beschäfti- gung im Bergbau nicht in Frage kommt. Setzte man erst große Hoffnungen auf Uebernahme der noch im besten Lebensalter stehenden Kameraden auf das Staatswerk in Zauteroda, so hat sich das aber nicht verwirklicht. Bisher sind von dort nur etwa 20 Mann eingestellt worden und auch nur unter Vorbehalt und leider nur auf Zeit. Aus Anlaß dieser Stilllegung der Burgker Werte sind dem Bezirk sehr große Kosten entstanden, weil eben die Kameraden keine andere Arbeit fanden und deshalb alle unterstützt werden mußten.

Bei verschiedenen Burgker Kameraden waren von der Direk- tion die Urlaubsbestimmungen nicht richtig eingehalten worden. Von unserer Seite wurde Klage erhoben und nach längerem Ver- handlungen rund 8000 M. für die Kameraden erstritten. Hier haben viele den Wert der Organisation erst wieder erkannt.

Den Bericht über die Lokalkasse erstattete der Geschäfts- führer des Blauencher Grundes, Kamerad Hermann Drechsler. Die Kasse ist in guter Ordnung und wurde ein- stimmig Entlastung erteilt. Ebenso wurden die auscheidenden Revisoren einstimmig wiedergewählt.

Hierauf hielt Kamerad August Schmid (Wochum) ein vorzüglich angelegtes Referat über „Lohn- und Arbeitszeifra- gen in ihrer internationalen Verflechtung“. An der wirtschaft-

Arbeitszeitverhandlungen in Mittel- deutschland.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war Gegenstand von Ver- handlungen, die Mitte April zwischen den Vertragsparteien statt- fanden: Die Arbeitszeit bzw. Schichtzeit beträgt heute einschließ- lich Mehrarbeit im Braunkohlen tieftau 8 Stunden und eine halbe Stunde Pause im Kernrevier, 8 1/2 Std. und eine halbe Stunde Pause in den Randrevieren. Im Tagebau beträgt die Arbeitszeit 8 1/2, die Schichtzeit 9 1/2 Stunden.

Ein Angebot der Unternehmer ging auf 8 Stunden Arbeits- und 8 1/2 Stunden Schichtzeit für den Tagebau. Für den Tiefbau wollten sie in keine Verkürzung einwilligen, so daß hier die abnorm lange Schichtzeit bis 9 Stunden bestehen bliebe. Von dem Bohnausfall wollten die Unternehmer 25 Prozent tragen, während die Arbeiter 75 Prozent tragen sollten. Mit die- sem durchaus ungenügenden Angebot wird sich eine mitteldeutsche Konferenz am 19. April beschäftigen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Drunter und drüber in der RGD.
und im „Einheitsverband der Bergarbeiter“.

Nachdem der Rote Gewerkschaftskongress voriges Jahr in Moskau beschlossen hatte, daß in Deutschland die Parole „Hinein in die Gewerkschaften“ zu streichen sei und alles darangesetzt werden müsse, eigene Organisationen zu gründen, kamen diesem Wefehl selbstverständlich auch die Beauftragten der Kommunistischen Partei in Deutschland nach, indem sie monatelang für die Schaf- fung eigener Gewerkschaften lebhaft Propaganda trieben. Die im Januar gewesene Lohnbewegung im Bergbau wurde benutzt als Grundlage zur Schaffung eines Roten Bergarbeiterverbandes. Am 7. Januar 1931 ist dann mit großem Theater der neue „Ein- heits“verband in Duisburg gegründet worden. Kurze Zeit später konnte man im „Ruhr-Echo“ lesen, daß der neue Verband mehr als 20 000 Mitglieder registrieren könne, und daß vor allem große Scharen Bergarbeiter, die bisher im Bergbau- industriearbeiterverband gewesen sind, übergetreten seien. Ueber- getreten sind innerhalb des Ruhrbezirks noch keine 20 000 Wer- bungsmitglieder. Die Zahlen, die draußen genannt wurden und die vielen Uebertritte erwießen sich als Schwindel. Einige der übergetretenen Verbandsmitglieder ließ man Schrift- stücke unterschreiben, in denen diese ihre bisherige Organisation, d. h. den Verband beschimpfen mußten und die Führer als Ver- räter gebrandmarkt wurden. Alles hat nichts genutzt. Denn knapp sind drei Monate vorbei, und schon geht es in der neu- geschaffenen Einnahmequelle der Kommunistischen Partei darun- ter und darüber.

Es ist verständlich, wenn die Kommunistische Partei versucht, für einen Teil der Funktionäre, die bereits untuhig wurden, Pos- ten zu schaffen. Dies war innerhalb der Partei nicht gut mög- lich. Deshalb mußte eben ein neuer Laden aufgemacht werden, die RGD, und der „Einheits“verband im Bergbau. Daß ein Teil dieser Schreiber Böschchen bekommen hat, beweist, daß im Hauptquartier des Einheitsverbandes in Essen in der Dreilinden- straße achtzig Bonzen und Bönzchen beschäftigt sind. Den Mit- gliedern draußen wurde plausibel gemacht, daß alle Arbeiten

innerhalb des Verbandes ehrenamtlich geleistet werden müßten. Sie meinen damit die Arbeit des kleinen Funktionärs in den Be- trieben. Denn daß sie als Angestellte monatlich 250 M. Gehalt und 100 M. „Büchergeld“ monatlich bekommen, davon werden sie ihren Mitgliedern nichts gesagt haben.

Es scheint, daß in der RGD, jeder selbständig die Beiträge fassiert und verwaltet. Der Gruppenführer stellt die Mitglieds- faktoren aus und fassiert mit noch 2 oder 3 Unterkassierern die Bei- träge ein. Wieviel einkassiert wird und was für Beiträge ge- zahlt werden, das weiß die Leitung, die über diesen Gruppen- steh, nicht. Von den gezahlten Beiträgen kommt die Haupt- verwaltung in Essen 80 Prozent, 10 Prozent die Ortsgruppen für besondere Aufwendungen und 10 Prozent sollen für das Orts- komitee sein. Was aber mit diesen 10 Prozent geschieht, das weiß kein Mensch.

Das „Volksblatt“ (Wochum) berichtet von einem Einbruch in das Büro der RGD. Eigenartig ist, daß dieser Einbruch in der Nacht von Sonntag auf Montag passierte, während für Diens- tag eine Revision der Kasse angezettelt war. Es stellte sich bei der Nachprüfung der Geschäftsföhrung heraus, daß das Ortskomitee in Wochum rund 2000 M. Schulden hatte, und daß der Ein- brecher, der die Kasse gestohlen hatte, noch 0,35 M. für „Ver- waltungszwecke“ liegen ließ. Setzt sollte versucht werden, das Geld aus Essen von der Leitung zur Deckung der Schulden beizubringen. Trotzdem Saefflow dieses versprochen hatte, wurde es nicht gemacht. Um die Leitung in Essen weiter zu irritieren, ging man dazu über und sorgte dafür, daß Zahlungsbefehle gegen die Mitglieder des Ortskomitees erlassen wurden, um nach- zuweisen, wie notwendig Zuschüsse von Essen sind.

Das ist natürlich verständlich, wenn feststeht, daß im ganzen Bezirk Wochum die RGD, nur 311 Mitglieder hat. Da die Beiträge, die ja sehr spärlich einkommen, zur Unterhaltung der Verwaltung nicht langten, weil von den paar Mitglieder der größte Prozentsatz noch erwerbslos ist, ging man dazu über und ließ sich den Rechtschutz, der erteilt werden mußte, besonders be- zahlen; und zwar sind dort Beträge verlangt worden in Höhe von 10 bis 50 Pf., ja, in einzelnen Fällen sind sogar 3 M. gezahlt worden.

Wenn die Mitglieder sich darüber beschwerten, daß für den Rechtschutz besonders bezahlt werden müsse, so versuchte man sich auszureden, daß es sehr mau mit der Kasse aussehe und die Verwaltungskosten gedeckt werden müßten. Als im Januar nach dem Streikputz die irregulären Betriebsfunktionäre mit den strafgezüglichen Bestimmungen in Konflikt kamen, hat man sich sehr wenig um diese Leute gekümmert. Ein Betriebsratsmitglied der Zeche Präsident, das nach sechswöchiger Erwerbslosigkeit 28 M. Unterstützung erhalten hatte, fand die Solidarität seiner Kameraden, in dem die auf der Zeche bei der Lohnzahlung eine Sammlung veranstalteten, die das Ergebnis hatte, daß 30 M. an das Betriebsratsmitglied L. hätten abgeführt werden können. Aber dieses ließ die Zeitung der Partei nicht zu, denn der be- kannte RPDist Rostek beschlagnahmte diese Summe angeblich für die RGD.

Die Verbundenheit des neuen „Einheits“verbandes mit der Kommunistischen Partei liegt klar; und daß die Kommunistische Partei sich durch die Schaffung dieser Organisation eine Ein- nahmequelle besorgte, wird jedem verständlich sein, der solche Zu- stände, wie sie sich in Wochum abspielen, hört und sieht. Eigen- tümlich ist, daß auch bei einem Umzug in Wochum von einer Straße zu einer anderen die Kassenbücher verlorengegangen sind. Ob die nun nicht in Ordnung waren, konnte nicht festgestellt werden. Wenn aber einmal Einbruch vor der Revision der Kasse vorkommt, dann weiter bei einem Umzug die Kassenbücher ver- schwinden, dann kann man daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß durch das Verschwindenlassen der Belege und der Kasse etwas

nlichen Tragbarkeit einer Arbeitszeitverkürzung braucht nicht gezwungen zu werden. Die rapide Entwicklung der Rationalisierung hat den Achtstundentag längst überholt. Wir müssen daher auch im Bergbau zu einer kürzeren Schichtzeit kommen. Das wird allerdings noch zu schweren Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer führen, das sich der Verantwortung des von ihm durch die Entlassungen und Friereschichten angerichteten volkswirtschaftlichen Schadens zu entziehen sucht. Nach dem Referat fand die Ehrung des Jubilars, Kameraden Edgar Altman, statt, der nun über 25 Jahre der Organisation angehört. Kamerad Max Weber überreichte ihm mit herzlichen Worten die vom Hauptvorstand gestiftete Ehrenurkunde und Ehrennadel mit dem Wunsche, noch recht lange und in voller Gesundheit für die Organisation tätig zu sein.

Ueber das Bildungswesen — das der Organisation auch allerhand gestiftet hat — berichtet Kamerad Hermann Drechsler und anschließend Kamerad Max Weber. Auch für dieses Jahr sind weitere fünf Kameraden für den in Alberoda stattfindenden Bildungskursus vorgesehen.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Lütgendortmund. Am 11. April trugen wir unsern lieben Kameraden Ferdinand Trost zur letzten Ruhe. Er war seit 1901 ein eifriger Mitkämpfer in unsern Reihen. Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Zahlstelle Markt (Hamm). Am 2. April wurde der Kamerad Heinz Bonkowski durch Gebirgschlag verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden. Die Zahlstelle verliert in ihm ein treues Mitglied und wird ihm ein bleibendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Rüdinhagen. Am 24. Februar starb einer unserer Besten, Alfred Schäfer. Seit 1902 war er Verbandskamerad, seit 1914 als Knappchaftsältester zum Wohle der Allgemeinheit tätig. — Am 24. März starb unser Kamerad Heinrich Echterhoff an Steinfallung. Er war mehr als ein Vierteljahrhundert in unserem Verbände organisiert. — Am 26. März starb unser langjähriges Mitglied Gustav Echterhoff im Alter von 47 Jahren. Er war einer der Besten. Wir werden das Andenken dieser Kameraden stets in Ehren halten!

Zahlstelle Särchen-Annahütte. Am 22. März starb unser Kamerad Stanislaus Wozniak an einer schweren Kopfentzündung. Er war seit 1926 unser treuer Mitkämpfer. Die Zahlstelle wird sein Andenken in Ehren halten!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Wichtig! Kaum ein literarisches Erzeugnis der neueren Zeit hat in der gesamten deutschen Presse ein solches Echo hervorgerufen, wie die „Handelshochschule“, über die auch wir schon verschiedene Male berichtet haben. Der Grund dieser ungewöhnlichen Beachtung liegt nach unserer Beobachtung darin, daß es sich hier für den kaufmännischen Angestellten nicht um die Anschaffung irgendeines beliebigen Wertes handelt, sondern darum, seinen Berufskennnissen eine hochschulmäßige Grundlage zu geben. Wenn von unsern Lesern diese Hinweise nicht beweiskräftig genug sein sollten, der mache die Probe aufs Exempel und lasse sich vom Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin W. 40, Genthiner Straße 42, ganz kostenlos (Portospesen von 30 Pf. sind einzusenden) die interessante Probeausgabe „Cr. 3“ kommen. Wer heute noch schreibt, macht bestimmt keinen dummen Streich!

Die Futterkrippe. Von Adam Kemmele, M. d. R. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Gmbh., Berlin. Preis 30 Pf. — Adam Kemmele deutet die Absicht der Hakenkreuzler auf, den Zutritt zur Beamtenlaufbahn wiederum zum Privileg bevorzugter Gruppen zu machen. Für jeden Beamten, gleichviel welcher Stellung, aber auch für jeden politisch Interessierten ist die Schrift Adam Kemmeles von höchstem Wert.

„Arbeiter Sport“. Von Fritz Wildung, XVI und 158 Seiten im Großformat. Mit vielen Bildern und Sportaufnahmen auf Kunstdruckpapier. Halbleinen. Verlag: „Bücherkreis“, Gmbh., Berlin SW. 61. Preis 4,80 M.

Inhalt: Was ist Sport? — Der Sport in der Kulturgeschichte. — Sport und Arbeiterschaft. — Die Arbeitersportbewegung nach der Revolution. — Vom Spiel und Spieltrieb. — Der Reford. — Warum treibt die Jugend Sport? — Leibes-

übungen und Schule. — Die Frau im Sport. — Die Geistigen und der Sport. — Das Massenproblem im Sport. — Sport und Lebensreform. — Sport, Muskelarbeit und Ermüdung. — Wandern und Touristik. — Sport und Politik. — Sport und Wehrfrage. — Sport und Weltanschauung.

Der Baldamus und seine Streiche. Von Oskar Wöhrl. Roman. Neue, veränderte, endgültige Fassung. Jubiläumsausgabe. 92. bis 100. Tausend. 1931. Einband und Typographie: Jan Tschichold, München. 224 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis“, Gmbh., Berlin SW. 61. Preis 4,80 M. — Der Elßässer Wöhrl erzählt in dem Roman die Geschichte seiner eigenen ungebärdigen Jugend. Nach dem Bruch mit dem Elternhaus und dem bürgerlichen Beruf — er soll Schulmeister werden — versucht sich der Baldamus zunächst in allerlei Beschäftigungen. Natürlich hält er es nirgends lange aus und so zieht er schließlich als tippennder Kunde los. Er kommt zwar weit in Europa umher, muß aber überall feststellen: auch im Kundenleben ist es nicht anders eingerichtet als im bürgerlichen; der eigene Vorteil entscheidet. Zuletzt läßt er sich für die Fremdenlegation anwerben. Selbstverständlich desertiert er, und nach irren Kreuz- und Querfahrten kehrt der verlorene Sohn in die Heimat zurück. Dieser autobiographische Roman ist ein Griff ins volle Menschenleben. Wir sollten ihm, jung und alt, einen Ehrenplatz in unserer Bücherei einräumen.

Verbandsnachrichten

Bibliothek.

Balkhausen. Die Ausgabe von Bibliothekbüchern findet nur Donnerstags von 12 bis 18 Uhr bei Joseph Janda, Balkhausen, statt.

Auszahlung von Unterstufungen.

Hufen. Sämtliche Kameraden, die Unterstufung beziehen wollen, müssen sich spätestens bis zum 15. eines jeden Monats beim Hauptkassierer W. Schulze, Im Telgel Nr. 7, mit ihrem Verbandsbuch melden.

Schluß des redaktionellen Teils.

Die Hilfe gegen Gicht und Rheumatismus.

Sie wissen kein sicheres Mittel gegen diese Plagegeister? Versuchen Sie, Bandagen, Bäder, Salben usw. lindern meistens nur für einige Zeit die Schmerzen, aber sie paden nicht immer das Nabel an der Wurzel. Ich empfehle Ihnen ein wirklich erprobtes Mittel, und Sie sollen es selbst versuchen, ohne daß es Sie etwas kostet; aber ehe ich Ihnen mehr sage, lesen Sie die folgenden Briefe:

Wichtiggemäß erstatte ich Ihnen meinen allerbesten Dank für die wahrhaft wundervolle Heilung meines

langjährigen Gichtleidens durch Ihre geschätzten Gichtlostin-Tabletten

Kostspielige Bäder, sowie Einreibungen aller Art waren erfolglos, durch ein Inserat wurde ich auf Ihre Tabletten aufmerksam gemacht. Nach Gebrauch der ersten Kiste fühlte ich mich schon gebessert. Ich kann jetzt wieder als 53-jährige Frau laufen wie eine von 18 Jahren, stehe morgens schmerzlos auf und gehe abends ohne Schmerzen zur Arbeit, zur Freude unserer ganzen Familie. Ich bin jetzt wieder dank Gott und Ihrer wertvollen Tabletten jenseitsmüde, wie neu geboren und kann daher mit bestem Gewissen jedem Gichtleidenden Ihre wertigen Gichtlostin-Tabletten auf das Beste empfehlen, da dieselben bei mir wirklich Wunder geleistet haben und spreche nochmals meinen allerbesten Dank A. W. in B.

Ich bekam einen schweren Gelenkrheumatismus, alle angewandten Mittel verfielen bei mir. Da ließ ich mir das empfohlene Gichtlostin von Ihnen senden, und dies tat Wunder bei mir. Meine strenge Ausdauer wurde durch völlige Heilung belohnt, obgleich ich schon fast verkrüppelt war. Ich habe dies gute Mittel schon oft empfohlen und werde es weiter tun. Ich hoffe, daß dies der beste Dank gegen Sie ist. M. B. in B.

Solche Briefe besitze ich Tausende, und nun hören Sie weiter: Gicht und Rheumatismus können nur von innen

heraus wirklich kuriert werden, durch Entgiftung des Blutes. Dieses ist vornehmlich durch zirkulierende harnsaure Salze, und diese müssen heraus, sonst nützt alles Einreiben und Warmhalten nichts.

Zur Beseitigung der Harnsäure dient das Gichtlostin. Sie können das glauben oder nicht, aber Sie sollen keinen Pfennig dafür ausgeben, ehe Sie sich überzeugt haben.

Teilen Sie uns Ihre Adresse auf einer Postkarte sofort mit und adressieren Sie diese an: Generaldepot der Victoria-Apothek, Berlin A 271, Friedrichstr. 19; es geht Ihnen dann vollständig kostenfrei eine Probe Gichtlostin mit weiteren Aufklärungen und genauer Gebrauchsanweisung zu.

Auch in den Apotheken zu haben.

Unter Tage
ist ein guter Beleg für
der Würdige und billige

GEG

Kautabak
aus reinem Kentucky
mit feinsten Zutaten
In Rollen, Stangen, Bündeln
oder Hufeisen
aus dem Konsumentenverein

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.

1. Klasse: graue gefüllte Art. 2,50, halbbeste Art. 3, —, weiße Art. 4, —, beste Art. 5, —, u. 6, —, dunkelweiße Art. 7, —, u. 8, —, beste Sorte Art. 10, —, u. 12, —, weiße ungefüllte Art. 1,50, u. 7,50, beste Sorte Art. 9,50

Verband portofrei, zollfrei, gegen Nachnahme. Winter frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Samsel, Lobes 209
bei Pilsen in Böhmen.

Kleinfleisch!
Postkolln netto 9 Pfd. 2,55
Balkhübel. — 33 Pfd. 9,90

200 Hartz-Käse 3,30

G. RAMM, Wurstfabrik, NORTORF (Holst.) 40

Kundenkreis in Jahresfrist verzehnfacht!
Ein Zeichen unserer sprichwörtlichen Leistungsfähigkeit!

90 Handtaschen, gute halboffene Seite, weiß, ca. 80 cm. — 2,25
91 Bettlaken, gebügelt, gelblich, 2,50
92 Hausrack, sehr dicht, halboffen, 0,75
93 Frottiertuch, „Schlager“, gemischt, 45/100 cm. — 0,58
94 Gerstenkorndunst, sehr leicht, 40 cm. — 0,18

In allen Geschäften, Kleiderläden, Zeit- und Bettwägen, Stempeln etc. ist ein billiger Angebot bei bester Qualität.

Schreiben Sie Preisliste hundertmal gratis. Best. ab 10. — ab 20. — portofrei, ab 25. —

Webco-Verband Harnberg 46
Königsplatz 25.
Eigene Fabrikation — Eigene Verzierung

Großer Preisabbau in neuen Gänsefedern mit Daunen, doppelt gereinigt. Pfd. 2,50 u. 3, —, nur keine Federn (7/8 Daunen) 4, —, Edel-7/8 Daunen 5,50 u. 6, —, handgepfl. Federn 3,50, 5,75 bis allererste 6,50. Voll Daunen (herd. füllend) 8,50 u. 9,50 geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nicht geltef. Ware Garantie. Helene Gerstlitz, Bettfedern-Bohof u. Heimweg am F. Neu Trebbin 19 (Oberbruch), Brüggenstr. 35 a.

Verbandsabzeichen für Bergarbeiter sind je nach der Größe zum Preise von 50 u. 75 Pfg. durch unsere Ortsverwaltungen von der Geschäftsstelle oder Bezirksleitung zu beziehen.

Trotz Filmverbot geben wir in Buchform heraus den Film: Im Westen nichts Neues

mit etwa 200 Bildern aus dem verbotenen Film. Für unsere Mitglieder statt Mk. 2,85 nur Mk. 1,50. Bestellungen sofort mit Zahlstellenstempel versehen an **H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42**

Stoffe für Herren- und Damenbekleidung, stets das Neueste in prachtvoll. Ausw. Durch direkten Bezug große Ersparnisse. Muster kostenlos und ohne Kaufzwang.

Tuch-Wimpfheimer Augsburg 157.

Bücher sind Freunde!

Sächsische Bettfedern- Fabrik P. Hoyer, Delitzsch 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4 sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten. Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen. Ferner prima **BETT-INLETT** Präsen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste unentgeltlich und portofrei.

Thüringer Goldglöckchen, die früheste gelbfleischige Delikatess-Kartoffel. Goldglöckchen ist nicht nur die früheste, sondern auch in Qualität und Aussehen die allerfeinste Speisekartoffel. Goldglöckchen übertrifft in jeder Beziehung die Holländer Erntelung durch frühe Reife, Güte und höchste Erträge (150 Ztr. pro Morgen keine Seltenheit). Goldglöckchen eignet sich zum Ankeimen und gedeiht auf allen Böden.

Die im vorigen Jahre von Ihnen bezogenen Thüringer Goldglöckchen sind zu meiner größten Zufriedenheit ausgefallen. Von 25 kg Hussal erntete ich ca. 20 Ztr. Ich sowie meine Nachbarn waren über einen derartigen Ertrag erstaunt.

Peter Ballefeld, Bunde (Rheinprov.)

Mit den im vorigen Jahre bezogenen Thür. Goldglöckchen war ich sehr zufrieden. Viele heute haben gestaut über den Ertrag. Der Geschmack der Kartoffel war sehr gut.

Witt. Helle, Eichenborf, Kr. Gaiße (Saale)

1 Ztr. 10. — M., 1/2 Ztr. 5,50 M., 1/4 Ztr. 3,30 M., 10 Pfd.-Postsaek M. 1,70.

Versand bei frostfreiem Wetter. — Auf alle Aufträge, die auf diese Anzeige innerhalb 5 Tagen eingehen, gewähre ich 10% Rabatt — Preisliste kostenlos.

A. Siegfried, Grosshändler-Erfurt
Thüringer landwirtschaftl. Zentral-Saatstelle — Samenkulturen.

Togal
unübertroffen bei **Rheuma / Gicht Kopfschmerzen** Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Entfernt d. Harnsäure! 6000 Ärztegutachten! Vollkommen unschädlich. Tragen Sie Ihren Arzt.

Ein Versuch überzeugt! In allen Apotheken. M. 1,50

Sofort gesucht

werden noch Personen, für angenehme auch nebenberuflich bequeme auszuführende Heimarbeit. Wer verdienen will, schreibe sofort um Gratisauskunft **Express Strickmaschinen Berlin-Halensee 280**

Vorsicht ist besser...

Sämtl. Hygien-, sowie Gummiwägen u. sanit. Artikel billigst. Preisliste bei Artikelanfrage gratis. **J. Zaruba & Co., Hamburg 1a, Speersort 20 Geogr. 1895**

Hand-Kastenwagen Preisliste frei!

100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft **25 Mark** franko.

Alois Abel, Borsch-Geisa (Rhön)

3 in 3 Tagen **Nichttraucher** Anstalt! Intelligenz! Sanitas-Depot Halle a. S. 54 W.

PREISABBAU - Neue Gänsefedern Mit Daunen, doppelt gereinigt Pfd. 2,50 und 3, —, nur kl. Federn (Halbdaunen) Pfd. 4,50 u. 5, —, 7/8-Daunen Pfd. 6, — u. 6,50, handgepfl. Federn 4, — bis allererste 6,50, Voll Daunen (herd. füllend) Pfd. 9, — u. 10, —. Nur beste gewaschene und einstante Ware. In Ihrem Interesse **Gratis-Muster verlangen!** Nachnahmensendung ab 5 Pfd. portofrei. Kein Risiko. Nichtgefallend Rücknahme. — Ernst Weinberg, Neutrebbin 141. Aelteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Vollständig kostenlos erhalten Sie unseren Schuhkatalog mit vielen günstigen Kauf-Gelegenheiten, wie z. B. Turn- oder Hausschuhe braun Segeltuch mit schwarzer gerippter Gummisohle Gr. 21/28 1,50 29/35 1,75, 36/42 1,95, 43/48 2,25

Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München K 54 m. b. H. **Rosenstr. 11**

Ohne Geld vorher einzusenden, erhalten Sie Nr. 91 Uhr, Kavaliersuhr, mit Goldband, 22,90 Nr. 96 Herrenuhr, elegant, 12,90 Nr. 97 Herrenuhr, elegant, 14,50 Nr. 98 Herrenuhr, elegant, 15,00 Nr. 99 Herrenuhr, elegant, 15,00 Nr. 32 Herrenuhr, elegant, 15,00

Jede Uhr kann in 5 Monatsraten bezahlt werden. Erste Rate beim Empfang der Uhr fällig.

Keine Extrabehaltung von Porto und Versandkosten. Nachnahmezahlungen und Nachbestellungen gegen täglich ein.

Zweifelhafte schriftliche Garantie für jede Uhr.

Herbert Kluthe, Uhren-Versand, Berlin SW 11 Kleinbeerstr. 27, Ab. 18.